

Zeitenwende – Der rote Faden ins nächste Jahrhundert

Revolution und Konterrevolution
Das Ende der 2. Republik
Was ist Sozialismus
Die neue ArbeiterInnenpartei

Inhalt:

Sozialismus 2000	Seite 3
Wellen des Klassenkampfes	Seite 4
Revolution und Konterrevolution	Seite 7
Die Oktoberrevolution 1917	Seite 10
Gab es eine Alternative zu Stalin	Seite 11
Frauenbewegung im Spiegel der Zeit	Seite 14
Düstere Zukunft	Seite 16
Das Ende eines Auslaufmodells	Seite 17
Wie die FPÖ bekämpfen?	Seite 19
Geht uns die Arbeit aus?	Seite 20
Was ist Sozialismus?	Seite 22
Partei & Bewusstsein	Seite 26
Chance für Neo-Keynsianismus	Seite 28
Linke Projekte in Europa	Seite 29
Die neue ArbeiterInnenpartei	Seite 32
Der Sozialismus ist international	Seite 37
Jetzt beitreten!	Seite 38

Impressum:

Medieninhaber/Herausgeber/Verleger
Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV)
Kaiserstr. 11/14
Eigenvervielfältigung

Warum dieser Schwerpunkt?

Sozialismus 2000



Liebe Leserinnen! Liebe Leser!

Vor Euch/Ihnen liegt die zweite Ausgabe des "Vorwärts Extra", dem theoretischen "Winternmagazin" der Sozialistischen Offensive Vorwärts (SOV). Als wir uns vor einem Jahr dazu entschlossen haben, die "Doppelnummer" um die Jahreswende in ein Magazin umzuwandeln, steckten wir uns im Großen und Ganzen zwei Ziele: Einerseits, einen Rückblick auf die internationalen Ereignisse des vergangenen Jahres und daraus ableitend Perspektiven für das kommende Jahr zu liefern und andererseits, uns ausführlicher mit Themen zu beschäftigen, für die in unserer monatlich erscheinenden Zeitung "Vorwärts" Platz und Zeit fehlen.

Nun geht mit dem heurigen Jahreswechsel nicht nur 1999, sondern auch das oft so bezeichnete „kurze 20. Jahrhundert“ endgültig zu

Ende. Grund genug für uns - trotz der allgemeinen „Milleniumshysterie“ - , einen Blick auf dieses geschichtsträchtige Jahrhundert zurückzuwerfen.

Dabei spannen wir den Bogen vom Eintritt in das Zeitalter des Imperialismus über die erste erfolgreiche sozialistische Revolution und ihre bürokratische Deformation hin zum postulierten „Ende der Geschichte“ im Sog der kapitalistischen Restauration 1989/91 nach dem Zusammenbruch des Stalinismus. Der zweite Teil des Magazins ist dem Ausblick gewidmet. Er beginnt mit einer Bestandsaufnahme der international vorhandenen linken Organisationen und revolutionären Kräfte und endet in der Erkenntnis der Wichtigkeit einer neuen ArbeiterInnenpartei. Damit steht die ArbeiterInnenklasse am Ende des Jahrhunderts wieder - nach den Erfahrungen mit der internationalen Sozialdemokratie von 1914 und der

stalinistischen Entartung der Kommunistischen Parteien - vor der Aufgabe, sich eine neue Kampfpartei zu schaffen. Diese aufzubauen ist eines unserer vorrangigsten Ziele: „Die SOV strebt die Bildung einer neuen sozialistischen ArbeiterInnenpartei und Bewegung in Österreich und international an.“ (§2 des Statuts der SOV).

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern“ stellte Karl Marx vor über 100 Jahren fest. Für die SOV stellt die „theoretische“ Beschäftigung mit dem 20. und 21. Jahrhundert die Grundlage für ihre „praktische“ Arbeit dar. Wir hoffen, mit diesem Magazin Diskussion und Interesse geweckt zu haben und laden Dich/Sie zur Mitarbeit ein.

**Sonja Grusch
Ali Kropf**

Wir werden Dich nie vergessen!

Sven Erik Evers

1976 – 1999

Unser Freund und Mitstreiter.

Als Mitglied der Sozialistischen Jugend im fünften und sechsten Bezirk.

Als Mitkämpfer als 1992 UnterstützerInnen der Zeitung Vorwärts aus der SJ ausgeschlossen wurden.

Als aufrechter Gesinnungsgenosse und ehrlicher Sozialist.

Er ist am 4. Dezember 1999 von uns gegangen.

Wellen des Klassenkampfes



Am Ende des 20. Jahrhunderts ist heute wenig die Rede davon, wie es begonnen hat: In Deutschland begann mit dem zweiten Flottengesetz die Hochrüstung, die in den Weltkrieg mündete. Streiks für den 8-Stundentag überzogen den Kontinent. In China führt der Boxeraufstand zur imperialistischen Intervention. Die Auswahl der angeführten Ereignisse ist weder willkürlich, noch zufällig. Sie entsprechen historischen Entwicklungslinien, die mehrere Jahrzehnte rund um die Jahrhundertwende, bzw. unser Jahrhundert prägten. Der Aufstieg der modernen ArbeiterInnenbewegung und die „Konjunktur des Klassenkampfes“ werden hier als ein bestimmender Punkt beleuchtet.

Der Gründer der österreichischen Sozialdemokratie – Viktor Adler – bezeichnete seine Bewegung 1888 als die „modernste aller kämpfenden Parteien“. Sie sei deshalb modern, weil sie mit der Illusion bricht, „als seien die bürgerlichen Freiheiten das letzte Wort der Geschichte“, und verlangt die Weiterentwicklung der Gesellschaft im Sinne der „Beseitigung nicht nur der politischen Beherrschung, sondern auch der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“. Und das sei nur durch die „Vergesellschaftung der Produktion möglich“.

Aufstieg der revolutionären Sozialdemokratie

Tatsächlich steckte die damals revolutionäre Sozialdemokratie noch in ihren Kinderschuhen: In Österreich

wurde sie erst Monate nach Adlers Artikel gegründet, in vielen Ländern existierten noch einige Zeit länger keine größeren ArbeiterInnenparteien. Adler hatte allerdings mit seiner Analyse völlig recht: Die Sozialdemokratie war die modernste aller kämpfenden Parteien, weil sie als einzige eine Programmatik mit einer über die Alltagsarbeit hinausgehenden Perspektive verband. Diese Modernität versetzte sie in die Lage, ihre Politik nicht an den „Sachzwängen“ des Kapitalismus zu orientieren. Vielmehr konnte die Sozialdemokratie dadurch die ArbeiterInnenklasse „rücksichtslos“ für den Kampf um politische und soziale Veränderungen formieren und organisieren. Die Periode vom Zeitpunkt des Artikels Adlers (1888) bis zum Ausbruch des 1. Weltkriegs war geprägt vom fast geradlinigen Aufstieg sozialdemokratischer Parteien und vor allem auch vom Glauben an die Unaufhaltbarkeit dieses Aufstiegs. Die Veränderung der Gesellschaft wurde zunehmend wie ein Naturgesetz begriffen, als eine automatische Entwicklung.

Die Erfahrungen von 1905

Diese Logik wurde bereits durch die russische Revolution 1905 zerbrochen: Die erste ArbeiterInnenrevolution dieses Jahrhunderts fand im rückständigsten Land Europas mit der schwächsten Sozialdemokratie statt. Diese Revolution stellte nicht nur sofort die bestehende Ordnung radikal in Frage, sondern brachte sofort die fort-

schrittlichste Form der Selbstorganisation der ArbeiterInnenklasse, sowie der Verwaltung der Produktion, hervor: Die Räte (Sowjets). Im hochindustrialisierten Deutschland sollten diese Formen erst 13 Jahre später (1918) entstehen! Neben einer Reihe russischer MarxistInnen war Rosa Luxemburg eine der wenigen Persönlichkeiten, die die Dynamik und Tragweite der damaligen Revolution erkannte: Die russischen Ereignisse haben erwiesen, „daß die Revolution, die neuen politischen und sozialen Probleme aufwirft, auch selbst in ihrem Schoß die Lösung dieser Probleme bringt.“ Letztlich bildeten die beiden Fragen – kontinuierlicher Aufstieg contra revolutionärer Dynamik – den wesentlichen Widerspruch in der internationalen ArbeiterInnenbewegung. Konkret bedeutet das eine Verschiebung der Gewichtung zwischen Reform und Revolution. Der Kampf um neue Reformen im System gewann immer mehr an Bedeutung, bis die Revolution und der Sturz der alten Herrschaft in Sonntags- und Feiertagsreden verbannt wurden. Schließlich setzte sich der Gedanke von einem durch Reformen gebändigten Kapitalismus durch – die Notwendigkeit einer Revolution erlosch damit.

Totaler Zusammenbruch

Der Ausbruch des 1. Weltkriegs bedeutete das jähe Ende des „kontinuierlichen Aufstiegs“. Die internationale Sozialdemokratie brach durch die Dynamik der Ereignisse wie ein

Kartenhaus zusammen, die sozialdemokratischen Parteien mobilisierten an der Seite ihrer jeweiligen Herrschenden für den Krieg. Der „kontinuierliche Aufstieg“ endete in einer Sackgasse.

Russische Revolution 1917

Die russische Revolution von 1917 eröffnete demgegenüber nicht nur den alternativen Weg, sondern in mehrfacher Hinsicht auch eine neue Epoche: Die erfolgreiche Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse in einem Land löste unmittelbar eine revolutionäre Welle in ganz Europa aus und beschleunigte das Ende des Weltkrieges. Räterepubliken bildeten sich in Bayern und Ungarn, Massenstreiks lähmten Österreich und Italien. Das direkte Ergebnis dieser Entwicklungen bestand in weitgehenden sozialen und politischen Reformen. Unter dem Druck der (drohenden) Revolution gelang es der ArbeiterInnenbewegung binnen weniger Wochen, mehr Reformen umzusetzen, als in der gesamten Zeitspanne ihres bisherigen Bestehens. Anders herum betrachtet erwies sich der Einfluß der alten sozialdemokratischen Strömung allerdings stärker, als jener der neu entstandenen revolutionären Kräfte. Es gelang nicht, die russische Revolution zur Weltrevolution auszuweiten, sondern der Kapitalismus blieb dank der Sozialdemokratien bestehen. Im Gegenteil: die junge Sowjetunion wurde durch die „Enthauptung“ der Revolutionen durch die Sozialdemokraten im Westen in die totale Isolation gedrängt. Der Bürgerkrieg und die imperialistische Intervention führten zu einer regelrechten Verstümmelung vieler revolutionärer Errungenschaften und fast zum Sturz der Sowjetmacht. Der katastrophale Zustand der Sowjetunion nach dem Bürgerkrieg bildete auch den Ansatzpunkt für die Entwicklung der stalinistischen Bürokratie. Aus der Not der Isolation leitet Bucharin für Stalin das Dogma „vom Aufbau des Sozialismus in einem Land“ ab. Dieses Dogma bedeutete zunächst den Verzicht auf die interna-

tionale Revolution und mündete konsequent in der „Säuberung“ der russischen und internationalen kommunistischen Parteien von allen revolutionären Kräften.

Deutschland im Brennpunkt

Das Zentrum der internationalen Revolution verlagerte sich nach der Oktoberrevolution Richtung Westen. Nirgendwo sonst wie in Deutschland waren die Widersprüche in der politischen und sozialen Situation derart zugespitzt: Moderne überproportional große Industrien, verlorene Weltmachtoptionen und ein extrem stark organisiertes Proletariat. Die Widersprüche strebten einer raschen Lösung zu: Bis zur sogenannten Ruhrkrise 1923 hatte das deutsche Proletariat den Schlüssel dafür unmittelbar in der Hand. Die junge kommunistische Partei – zum damaligen Zeitpunkt erst und einmalig gleich stark wie die Sozialdemokratie – war nicht in der Lage, die Chancen der aufstrebenden revolutionären Periode 1918-1923 zu nutzen. Es folgte eine kurze Zeit der relativen Stabilisierung, welche mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise jäh beendet wurde. Erst nach einer Periode der fortgesetzten Defensive und in weiterer Folge einer Kette von Niederlagen der ArbeiterInnenbewegung konnte sich der Faschismus in Deutschland (sowie ein Jahrzehnt zuvor in Italien) als „Massenphänomen“ etablieren. Die Defensive der ArbeiterInnenbewegung fand schließlich ihren letzten Abschluß in der faschistischen Machtergreifung - in Deutschland fiel kein Schuß der Gegenwehr!

Die spanische Revolution

Die Machtergreifung des Faschismus in Deutschland war die größte Katastrophe für die ArbeiterInnenbewegung und die gesamte Menschheit in diesem Jahrhundert. Praktisch ganz Ost-, Süd- und Mitteleuropa befand sich in den 30er Jahren unter der Herrschaft faschistischer oder halbfaschistischer

Regimes. Die Wahl einer Volksfrontregierung 1936 in Spanien ermutigte BäuerInnen und ArbeiterInnen im ganzen Land zu Land- und Fabriksbesetzungen. Der faschistische Putschversuch unter General Franco führte zur allgemeinen Volkserhebung gegen den General. Die Führungen der ArbeiterInnenorganisationen waren nicht in der Lage und nicht willens, die entstehende Dynamik der Revolution zu nutzen: Im Gegenteil, sie setzen auf ein Bündnis mit Teilen des Bürgertums im Inneren und den „demokratischen“ Staaten im Äußeren. Die Revolution wurde beschnitten und schließlich unterdrückt: Die Parteien der radikalen Linken wurden von der Volksfrontregierung verboten, das Privateigentum geschützt, Kollektivierungen rückgängig gemacht, die revolutionären Milizen aufgelöst. Die völlige soziale und politische Defensive brachte Franco schließlich den Sieg. Die Mitternachtsstunde des 20. Jahrhunderts schlug: Nach 1914 lag die internationale ArbeiterInnenbewegung zum zweiten Mal am Boden - der 2. Weltkrieg begann. Es war vor allem ein Krieg, der gegen die Sowjetunion geführt wurde und der fast zu ihrer Vernichtung – im wahrsten Sinne des Wortes – geführt hätte. Spätestens hier ist es notwendig, die zweite und „lange Welle“ der russischen Revolution zu sehen: Diese besteht in der grundsätzlichen Existenz einer Systemalternative zum Kapitalismus – letztlich bis 1989. Sie stellte, ungeachtet der vielfachen „Zusammenarbeit“ zwischen Ost und West trotzdem ein ständiges Gefahrenpotential für den „Westen“ dar.

Die lange Pause nach 1945

Das Ergebnis des zweiten Weltkriegs war nicht die Vernichtung der stalinistischen Sowjetunion, sondern ihre Stärkung. Bei den „Gipfeltreffen“ von Jalta, Potsdam, Teheran usw. teilten die drei Supermächte - Britannien, USA und UdSSR - die Welt in Einflußzonen auf. Damit ging halb Europa für den Kapitalismus verloren. Als Gegenleistung „opferte“ Stalin die

revolutionären Bewegungen in Italien, Griechenland usw. zugunsten „seiner“ westlichen Partner. Nur in Jugoslawien gelang das nicht, da die dortige Partisanenbewegung eine von der Moskauer Bürokratie zu unabhängige Rolle spielte. Gleichzeitig befand sich dadurch die europäische Revolution für eine ganze Periode in einer paralysierten Situation: Der Beginn des längsten Wirtschaftsaufschwunges im Westen führte in breiten Teilen der Bevölkerung zu Illusionen in die Stabilität und Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus. Die Systemkonkurrenz im Osten zwang den Imperialismus in Europa zu einer Fülle von sozialen und politischen Zugeständnissen. Gleichzeitig bot der Stalinismus durch seine Verbrechen ein abschreckendes Bild.

Das revolutionäre Zentrum verlagerte sich für eine ganze Periode Richtung „Peripherie“ – also in die sogenannte 3. Welt. China, Korea, Kuba, Vietnam usw. sind Beispiele für den Bereich der Welt, wo kein historischer Kompromiß mit dem Kapitalismus möglich war und selbst der Stalinismus angesichts der dort bestehenden Situation einen klaren Fortschritt darstellen konnte.

1968: Der Zyklus setzt wieder ein

Erst als sich in Folge der Verflachung und schließlich des Einbruchs der Konjunktur auch in Europa die gesellschaftlichen Widersprüche wieder zuspitzten, kehrte die Revolution nach (West-)Europa zurück. In der Zeit des wirtschaftlichen Booms in den Nachkriegsjahren hatte die ArbeiterInnenklasse Selbstbewußtsein getankt und konnte ohne größere Kämpfe Zugeständnisse erreichen. Beginnend mit dem Mai 1968 in Frankreich setzte ein neuer Zyklus ein, der sich über das Ende der Diktaturen in Südeuropa (Spanien, Griechenland, Portugal) und die Machtübernahme durch sozialdemokratische Linkeregierungen in Europa bis Anfang der 80er Jahre fortsetzte. Die 80er Jahre waren im Westen vom Versuch einer neokonservativen Wende – ausgehend

von der Thatcherregierung in Britannien – geprägt, deren Folge sicherlich in punktuellen Niederlagen, aber vor allem einer Welle von Klassenkämpfen bestand. Der britische Bergarbeiterstreik war der längste und erbittertste Arbeitskampf seit 1945, in Deutschland fanden Mitte der 80er Jahre große Bewegungen für die 35-Stundenwoche statt, und selbst hierzulande stieß der Versuch der Zerschlagung der Verstaatlichten auf für Österreich heftige Reaktionen.

Osteuropa

Prägendes Element waren allerdings zweifellos die Ereignisse in Osteuropa. Auch in den stalinistischen Staaten hatte es so etwas wie einen Zyklus der Bewegungen gegen die stalinistische Bürokratie gegeben. Die eine Linie reicht von 1953 (DDR), über 1956 und 1968 (Ungarn, CSSR) bis nach Polen am Anfang der 80er Jahre. Diese Linie beschreibt im wesentlichen Entwicklungen in die Richtung einer politischen Revolution gegen die Bürokratie, die relativ frei von proimperialistischen Elementen war. Die Niederlage der Solidarnosc durch die Ausrufung des Kriegsrechts 1981 markierte den Wendepunkt. Die Solidarnosc hatte als - gemessen an der Bevölkerung - größte Massenbewegung der Welt (10 Millionen Mitglieder) in den Augen der Bevölkerung ganz Osteuropas versagt. Die Massenbewegungen 1989 waren zwar fähig, die Bürokratie binnen weniger Tage zu stürzen. Sie waren aber nicht in der Lage, eine Systemalternative zu entwickeln – die Erfahrungen von 1981 hatte die Option einer revolutionären Massenorganisation verschüttet. Das Fehlen einer Organisation, die die Bewegung Richtung politischer Revolution führte, lies die Illusionen in die Marktwirtschaft oberhand gewinnen.

Wo stehen wir heute

Die Konterrevolution von 1989 – 1991 bedeutete wieder die weltweite Alleinherrschaft des Kapitalismus. Sie

hat uns damit „strategisch“ wieder zum Ausgangspunkt vor 1917 zurückgeführt. Das Pendel machte international einen großen Schwenk nach rechts, die Neoliberalen gingen in die Offensive. Die traditionelle ArbeiterInnenbewegung und Linke – sei es in Form von klassischen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien oder Befreiungsbewegungen in der „3. Welt“ – hörte defacto zu existieren auf. Gerade ein Jahrzehnt ist seitdem vergangen und vom damals proklamierten „Ende der Geschichte“ kann keine Rede sein: Verflachung des wirtschaftlichen Wachstums, eine drohende Weltwirtschaftskrise, steigende Sockelarbeitslosigkeit, Krieg in Europa (...) Heute ist der „Schwung“ nach rechts ist in vielen Bereichen beendet: Rechtsregierungen in Frankreich und Italien wurden durch Massenbewegungen gestürzt. Protest drückt sich auch beim Wahlverhalten in vielen europäischen Ländern nicht rechts sondern links aus. Vielerorts entstanden neue Formen und Kulturen des Widerstands – von der französischen Erwerbslosenbewegung bis zum internationalen Arbeitskampf der Liverpooler Hafenarbeiter. Es sind Bewegungen, die sich ähnlich der Sozialdemokratie in ihrer revolutionären Phase nicht um „Sachzwänge“ scheren, sondern ihre Interessen vertreten. Ein derartiges Verständnis wird der Ausgangspunkt der europäischen Revolution im 21. Jahrhundert sein.

John Evers

Zum Weiterlesen:



DDR 89-90
Die gescheiterte Revolution

178 Seiten

öS 160.-
(inkl. Porto)

Zusendung erfolgt nach Überweisung auf unser PSK-Konto 8812.733 (Name und Adresse angeben!)

Eine Definition

Revolution und Konterrevolution



"Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte", stellte Marx treffend fest. Sie fallen nicht vom Himmel, sind kein Produkt kleiner Terroristenzirkel oder Ereignisse mit drehbuchähnlichem Ablauf. Revolutionen sind neben Kriegen die dynamischsten Ereignisse der menschlichen Gesellschaft, Ausdruck historischer Unausweichlichkeit. Sieg oder Niederlage einer Revolution kann Gesellschaften für lange Zeit, oft Jahrzehnte, entweder zurückwerfen oder nach vorne bringen. Eine Revolution steht immer im Spannungsfeld von sozialer und politischer Notwendigkeit einerseits und andererseits einem von vornherein unklaren Ausgang, der von den tatsächlichen Ereignissen bestimmt wird. Entscheidend ist die Rolle von Parteien und das Bewußtsein, aber auch "Zufälligkeiten" und im Extremfall einzelne Personen.

Wann ist eine Situation "revolutionär"?

Für das Heranreifen einer revolutionären Situation sind eine Reihe von Bedingungen kennzeichnend:

1) Eine äußere Krise (z.B. (Welt-)Krieg) und/oder eine Verschärfung der sozialen Situation für die Massen (z.B. Krise). Aber auch die im Zuge eines Aufschwunges gestärkte ArbeiterInnenklasse, die "ihre" Stück vom Kuchen nicht abbekommt, bietet einiges an revolutionärem Zündstoff.

2) Die herrschende Klasse ist gespalten über die Methoden zur weiteren Aufrechterhaltung ihrer Macht

(z.B. mehr oder weniger Repression und Gewalt) und daher geschwächt.

3) Die Mittelschichten sind verunsichert und schließen sich der Bewegung gegen die herrschende Klasse an, so gibt es z.B. Risse innerhalb des stehenden Heeres und des Repressionsapparates.

4) Bewußtes und gesteigertes Eingreifen der ArbeiterInnenklasse und die Entwicklung und Mobilisierung von Massenaktionen bis hin zum politischen Generalstreik.

5) Das Vorhandensein einer revolutionären Führung/Partei, die die Kräfte bündelt und ein klares Ziel hat.

Das Fehlen des letzten Punktes ist die Ursache für das Scheitern einer Vielzahl von Revolutionen und DAS Charakteristikum im 20. Jahrhundert.

Weiters ist für jede Revolution die Frage des Staates ein Scheidepunkt: Die Staatsgewalt ist nicht nur Objekt, um das es in einer Revolution geht (welche Klasse kontrolliert den Staat), sondern eine sozialistische Revolution ist der Kampf gegen die kapitalistische Staatsmaschinerie! Die Zerschlagung und Ersetzung durch Räteverwaltung und -kontrolle auf allen Ebenen, die Auflösung der Institutionen des ehemaligen bürgerlichen Staates, die Zerschlagung des Heeres und die Bildung eines Milizsystems müssen als Voraussetzungen für das Niederhalten der Konterrevolution stehen!

Entsprechend der Stadien der gesellschaftlichen Entwicklung und des Charakters des Staates unterscheiden MarxistInnen zwischen verschiedenen "Typen" von Revolution.

Dies soziale Revolution

Hierbei werden die wirtschaftlichen Verhältnisse "umgedreht", eine Klasse wird durch eine andere sozial UND politisch entmachtet. Ihr folgt eine Übergangsgesellschaft, in dem die ehemals unterdrückte Klasse politisch und wirtschaftlich Macht ausübt, um die mögliche blutige Konterrevolution zu unterbinden.

Lenin meint zu ihren Aufgaben: "Die soziale Revolution des Proletariats, die das Privateigentum an Produktions- und Zirkulationsmitteln durch das gesellschaftliche Eigentum ersetzt und den gesellschaftlichen Produktionsprozeß im Interesse des Wohlstands und der allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft planmäßig organisiert (Kontrolle und Verwaltung mittels Räten auf allen Ebenen, Ann.), wird die Klassenteilung der Gesellschaft beseitigen und so die ganze unterdrückte Menschheit befreien, denn sie wird jeder Art Ausbeutung eines Teils der Gesellschaft durch den anderen ein Ende setzen."

Je nachdem, welche Klasse welche ablöste (das Bürgertum die Feudalherren und den Adel oder das Proletariat das Bürgertum) unterscheiden wir zwischen der bürgerlichen Revolution und der proletarischen.

Bourgeoisie oder Proletariat:

In der kapitalistischen Gesellschaft gibt es zwei Hauptklassen, deren Interessen sich diametral gegenüber-

stehen: Die Bourgeoisie faßt der Besitz des bedeutendsten Teils an Mitteln zur Produktion und zur Zirkulation von Waren zusammen; die ArbeiterInnenklasse der Zwang, die eigene Arbeitskraft ständig oder periodisch verkaufen zu müssen, weil man anders nicht leben kann.

Die Interessen dieser beiden Klassen widersprechen sich. Es fehlt nicht etwa an " gegenseitigem Verständnis" füreinander, sondern an der Möglichkeit zur "Übereinkunft" zu beiderseitigem Nutzen!

Während die Bourgeoisie bei der Überwindung des Feudalismus noch eine fortschrittliche Rolle spielte, bedeutet ihre Herrschaft heute eine Barriere für die Weiterentwicklung der Menschheit. Der Kapitalismus kann im Speziellen für das Proletariat und andere unterdrückte Schichten keine friedliche Entwicklung, keinen dauernden Wohlstand, ja nicht einmal Vollbeschäftigung sichern. (Die Zusammenfassung zu Klassen mit gleichen Hauptinteressen schließt natürlich Differenzierungen innerhalb dieser Klassen nicht aus die auch zu offenen Konflikten führen können - z.B. zwischen den Bourgeoisien verschiedener Staaten.

Die ArbeiterInnenklasse ist in der schwächeren Rolle, daher ist ihre Zusammenfassung als einheitliche Klasse entscheidend um die potentielle Macht durch kollektives Handeln einzusetzen zu können.

Die Mittelschichten

Zu diesen gesellschaftlichen Hauptpolen kommt ein komplizierender Faktor hinzu: Die Mittelschichten, die zum Teil ein Erbe der Feudalgesellschaft darstellen. Sie bilden sich aus der Bauernschaft und Landbevölkerung, die in sich äußerst inhomogen und geschichtet ist, sowie dem städtischen Kleinbürgertum. Hinzu kommen Teile der Beamtenschaft und des Staatsapparates.

Das Kleinbürgertum steht zwischen den Polen Kapital und Arbeit, es ist teilweise ins System eingebunden (staatliche Bürokratie, Kleinkapitalis-

ten), wird aber andererseits durch die Dominanz des großen über das kleine Kapital bedrückt. Es gibt kein "kollektives Interesse" DER Mittelklasse(n) sondern - im Extremfall - sogar widersprechenden Interessen. Am Land war dies besonders deutlich zwischen LandarbeiterInnen, einfachen Bauern und den Großbauern.

Der Sieg der Russischen Revolution 1917 war vor allem deshalb möglich, weil die ArbeiterInnenklasse die unteren Mittelschichten, konkret LandarbeiterInnen und landlose Bauern, führte - nicht umgekehrt! Die Revolution war ohne der Lösung der Landfrage unmöglich, die Absicherung dieser Umwälzung nicht ohne den Sturz des Kapitalismus. Die ArbeiterInnenklasse hat das weitreichendere Interesse an der Umwälzung. Und die Möglichkeiten dazu: "Nur das Proletariat ist, aufgrund seiner Konzentration, seiner einigermaßen einheitlichen Lebensbedingungen, seiner Homogenität und weil ihm organisierte Kämpfe aufgezwungen werden, fähig, sich zu anderen Bewußtseinsformen als denen seiner Herren aufzuschwingen und so neue Elemente des gesellschaftlichen Bewußtseins einzuführen." (Victor Serge, lange Weggefährte Trotzkis, über die chinesische Revolution 1927).

Die Revolution in wirtschaftlich unterentwickelten Staaten

In Bezug auf wirtschaftlich unterentwickelte Staaten, die sogenannte "3. Welt" stellt sich die Frage - was steht auf der Tagesordnung: die bürgerliche oder die proletarische Revolution. Der "Etappentheorie" folgend antworten Sozialdemokraten und Stalinisten das zuerst eine bürgerlich, demokratische Revolution erfolgen müsse und dann nach einer nicht näher definierten Zeit der parlamentarischen "Reife" und der "vollständigen Entwicklung des Kapitalismus (Entstehen einer Industrie, starke Bourgeoisie und ArbeiterInnenklasse etc.)" die soziale Revolution anstehe.

Dieser in der Praxis tödlichen Illusion (China 1926, Chile 1974,

Indonesien 60er Jahre) steht die marxistische Konzeption der "Permanenten Revolution" gegenüber.

Die Permanente Revolution

Ausgehend von Lenins Analyse des Imperialismus, der das für die gesamte Welt dominierende Wirtschaftssystem darstellt, wird deutlich, daß auch in der "3. Welt" das Zeitalter der bürgerlichen Revolution vorbei ist.

Diese hat eine Reihe von zentralen Aufgaben, die in diesen Staaten zweifellos noch anstehen.

- 1) eine durchgehende Landreform, die das Land den Bauern überibt,
- 2) die Entwicklung eines internen Marktes,
- 3) die Einigung des Landes und die Entwicklung moderner Nationalstaaten; sowie
- 4) die Übergabe der Staatsmacht an die Bourgeoisie,

Aber eben weil diese Staaten teil der imperialistischen Weltwirtschaft sind, kann die schwache und vom Imperialismus abhängige nationale Bourgeoisie diese Aufgaben nicht bzw. nicht dauerhaft erfüllen.

Die Koloniale Revolution

Vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist die Koloniale Revolution, also die Bewegungen in ehemals direkt abhängigen Kolonien und den Ländern der sogenannten "3. Welt", in den Brennpunkt der Aufmerksamkeit gerückt.

Der weltpolitische Hintergrund war der "Kalte Krieg", die "bipolare" Weltordnung. Einerseits ein Kapitalismus im Nachkriegsboom, andererseits eine ebenso (vor allem territorial und militärisch) gestärkte stalinistische Einflußsphäre. Und auch obwohl die stalinistische Bürokratie immer wieder nach "friedlicher Koexistenz" mit dem Imperialismus trachtete, überwog der Widerspruch der beiden Systeme, der "Klassenkampf" im Weltmaßstab.

Die strategischen Interessen des Stalinismus waren zwar nicht die der Weltrevolution, aber an Wirtschaftshilfe, Unterstützung mit Waffen für

Befreiungsbewegungen hatte man insofern Interesse, als es eigene Sphären absicherte. Dabei war es für die SU-Bürokratie wichtig, das jeweilige Regime zu kontrollieren und weitergehende revolutionäre Dynamik zu unterbinden.

Der Imperialismus unter der Führung der USA griff häufig auch militärisch ein, um Revolutionen zu verhindern, strategisch wichtige Einflußsphären abzusichern. Doch trotz dieses scheinbar übermächtigen Feindes schafften es viele Massenbewegungen unterdrückter Völker unter schwierigsten Bedingungen, in einem heroischen Kampf, dem Imperialismus teils bittere Niederlagen beizufügen und echte Fortschritte zu erreichen (z.B. Vietnams 1945-1975).

Die Bevölkerungen dieser Länder setzen sich aus überwiegend landlosen BäuerInnen und LandarbeiterInnen zusammen. Das Proletariat ist zahlenmäßig schwach und auf kleine Bereiche konzentriert (allerdings stärker als in Rußland 1917).

Aber auch die gegenüberliegende Hauptklasse, die Bourgeoisie, ist nur spärlich entwickelte und in direkter Abhängigkeit vom Imperialismus. Die herrschende feudal geprägte Elite der Großgrundbesitzer fällt mehr oder minder mit der „modernen“ Bourgeoisie zusammen. Bürgerlich-demokratische Schichten konnten in speziellen Perioden kurzfristig eine fortschrittliche Rolle in der nationalen Befreiung spielen. Sie standen unter dem Druck der Massen und waren zu radikalen Maßnahmen und Massenmobilisierung gezwungen. Aber entweder die Revolution entwickelte sich in diesen Staaten weiter und löste auch die soziale Frage (z.B. Kuba) oder die Bourgeoisie wurden bald wieder zum offenen Feind der Revolution.

Charakteristisch für die Revolutionen speziell nach 1945 ist die Dominanz von Guerilla-Armeen, die in vielen Fällen auch den Kampf der städtischen ArbeiterInnenschaft „übernahmen“, ja ersetzen.

Diese Verlagerung war einerseits Folge der Niederlagen der internationalen Revolution vor dem Weltkrieg,

andererseits dem Einfluß des gestärkten Stalinismus geschuldet. Diese Guerillas haben einen größtenteils bürgerlich-kleinbürgerlichen Charakter und waren oft soziale Grundlage für stalinistische Bürokratien. Sie stellen häufig einen wichtigen Faktor der Bewegung dar, stoßen aber an ihre eigenen Grenzen, eben da sie zwischen den beiden Hauptklassen stehen.

Politische Revolution versus Konterrevolution

Seit der Entwicklung des Stalinismus in der Sowjetunion und der Bildung stalinistischer Staaten auf Weltebene stellt sich die Frage, was für eine Revolution ist dort notwendig, um die Menschheit weiterzuentwickeln. In kapitalistischen Staaten ist die herrschende Klasse die Bourgeoisie, die sich durch den Besitz an Produktionsmitteln und Kapital auszeichnet. In den stalinistischen Staaten herrscht die stalinistische Bürokratie, einer Kaste, die auf Grundlage einer nicht-kapitalistischen Produktionsweise diese Wirtschaft und Gesellschaft verwaltet. Der Stalinismus war eine Art „historische Sackgasse“, ein Regime zwischen zwei Stühlen, zwei Klassen: Der ArbeiterInnenschaft (Planwirtschaft) und den Mittelschichten (Bürokratie). Im Weltmaßstab - sehr deutlich nach 1945 - stellte die Bürokratie auch gleichsam den „Schatten der Weltbourgeoisie“ dar.

Hier ist eine politische Revolution notwendig. Sie bedeutet den Sturz der privilegierten Bürokratie durch die arbeitenden Massen und die Errichtung einer Rätedemokratie. Die sozialen Voraussetzungen dafür (kein Privateigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft) waren vorhanden, nicht aber die ArbeiterInnendemokratie.

Die Tatsache, daß den Bewegungen in Osteuropa und der Sowjetunion 1989-91 die sozialistische Führung fehlte, die für eine ebensolche politische Revolution eintrat, führte zum Sieg der Konterrevolution. Also zur Restauration des alten Systems des Kapitalismus bei vollständiger Zer-

schlagung der Errungenschaften der Revolution. Die sozialen Konsequenzen dieser Konterrevolution sind offensichtlich.

International oder gar nicht!

Im Kapitalismus haben sich die Voraussetzungen für eine sozialistische Planwirtschaft (hoher Technologiestandard, aber v.a. internationalisierte Produktion und Arbeitsteilung, ArbeiterInnenklasse) längst entwickelt - er steht im Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Einerseits entwickelte der Kapitalismus einen vollends globalisierten Markt, befindet sich aber selbst in den für ihn unüberwindbaren Schranken des Nationalstaates. Doch eine durch die ProduzentInnen demokratisch kontrollierte Planwirtschaft steht im völligen Widerspruch zum Profitsystem UND zur Herrschaft der Bourgeoisie. Nur eine internationale sozialistische Revolution kann diese Widersprüche lösen. Der internationale Charakter der sozialistischen Revolution ist eine Tatsache, die zwar schon lange notwendig ist, aber angesichts der „Globalisierung“ immer offensichtlicher wird.

Das Zeitalter der Revolutionen ist nicht vorbei, Notwendigkeit und Möglichkeiten existent. Wenn wir aus den Niederlagen der Vergangenheit die Lehren für das 21. Jahrhundert ziehen, dann waren sie nicht umsonst!

Franz Breier jun.

Zum Weiterlesen:

TrotzkiSchriften Verratene Revolution

VERRATENE REVOLUTION 1936 von Leo Trotzki

Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie ?

Verratene Revolutionen

Die Oktoberrevolution 1917



Von Marx über die Russische Revolution zur stalinistischen Bürokratisierung – so geradlinig werden spätestens seit der Proklamation des „Endes der Geschichte“ von bürgerlicher Seite die Ereignisse dargestellt. Eine simple und falsche Darstellung. Für SozialistInnen ist es wichtig, klarzumachen, warum die Errungenschaften rund um die russische Revolution verteidigt werden müssen, während wir die später entstandenen Regimes kritisieren und nie als Sozialismus bezeichneten.

Am 25. Oktober 1917 übernahmen die russischen ArbeiterInnen unter Führung der Bolschewiki die Macht im rückständigsten Land Europas, das erst acht Monate davor von der zaristischen Herrschaft befreit worden war. „Brot, Land, Friede“ waren die Forderungen, auf deren Basis die Bolschewiki ihre Mitgliedschaft von März bis zum Frühsommer 1917 von einigen Tausend auf eine Viertelmillion vervielfachten und mit denen sie die Unterstützung der Massen gewannen.

So waren die Landreform – im noch immer bäuerlichen Russland von zentraler Bedeutung – und eine radikale Friedenspolitik, die ersten Maßnahmen des neu geschaffenen Rats der Volkskommissare. Nicht umsonst weckte die russische Revolution bei ArbeiterInnen in ganz Europa Hoffnungen – nicht nur auf ein Ende der kapitalistischen Ausbeutung, sondern auch auf den lang ersehnten Frieden.

Eine zweite zentrale Forderung war „Alle Macht den Räten“. Schon kurz nach der Februarrevolution war klar, dass die provisorische Regierung nicht

imstande war, ihren Aufgaben nachzukommen und die Wünsche der Bevölkerung auch nur annähernd zu erfüllen. Parallel zu ihrem Verfall gewannen die Räte im ganzen Land an Bedeutung. Der neuerliche Machtwechsel war unter diesen Umständen letztlich nur eine Frage der Zeit.

Doch war den Bolschewiki von Anfang an klar gewesen, dass das rückständige Russland nicht isoliert bleiben darf. Die revolutionären Geschehnisse kurz nach Ende des 1. Weltkriegs bestärkten jene, die auf eine Ausweitung der Revolution nach Europa, speziell Deutschland, hofften. In Bayern und Ungarn existierten nach dem Krieg Räteregierungen und auch in Österreich entstanden nach dem Krieg Räte. Doch die Intervention der Sozialdemokratie, die „die Revolution köpfte“, und das gewaltsame Vorgehen der Reaktion bereiteten der internationalen Revolution ein Ende.

Dem Bürgertum war durchaus bewusst, welche Gefahr die Ereignisse in Russland für den Kapitalismus bedeuteten. Alle Anstrengungen wurden unternommen, um die Revolution isoliert zu halten. In diesem Licht muss z.B. die Schaffung kleiner Nationalstaaten rund um Russland gesehen werden. Der westliche Imperialismus ließ nichts unversucht, um die Errungenschaften der russischen Revolution zu zerstören. Unter kräftiger westlicher Mithilfe konnte der neue ArbeiterInnenstaat noch 1918 in einen blutigen Bürgerkrieg gezwungen werden. Auch wenn die Rote Armee unter Führung Leo Trotzkis den militärischen

Sieg errang, sollte der jahrelange Krieg das Land völlig ausbluten.

Die Isolation, der vom internationalen Bürgertum mitgetragene Bürgerkrieg zusammen mit dem Ausbleiben von Revolutionen in Europa, bereiteten den Boden für das Aufkommen des Stalinismus. Mit den Ideen der Russischen Revolution hatte dieser allerdings so gut wie nichts gemein.

Mit dem Ende des Stalinismus glaubten Bürgerliche, sich den Sozialismus als Systemalternative endgültig vom Hals geschafft zu haben. Und tatsächlich traf ein Infragestellen der kapitalistischen Ausbeutung und Systemkritik ganz allgemein oft auf Unverständnis. Doch Massenarbeitslosigkeit, steigende Armut, Kriege, Rassismus, ... werfen die Frage nach einer möglichen Alternative neu auf. Aus der Geschichte und von den Ereignissen seit 1917 zu lernen ist das Gebot der Stunde.

Ken Horvath

Zum Weiterlesen:



Die
Russische
Revolution
1917

100 Seiten

öS 110.-
(inkl. Porto)

Wolfram Böck
Die Russische Revolution 1917

sov **SAY** sozialistische Alternative

Zusendung erfolgt nach Überweisung auf unser PSK-Konto 8812.733 (Name und Adresse angeben!)

Gab es eine Alternative zu Stalin?



Mark Golowisnin ist Mitglied der Redaktion der franz. historischen Zeitschrift „Cahier du mouvement ouvrier“, assoziiertes Mitglied des soziologischen Institutes der russ. Akademie der Wissenschaften, sowie Co-Autor und Mitarbeiter von Vadim Rogowins Forschungen zur Frage: „Gab es eine Alternative zum Stalinismus“.

Wie kamst Du zur Stalinismusforschung?

Ich bin kein Berufshistoriker, sondern Arzt und zur Zeit Dozent an der medizinischen Fakultät der Universität Moskau. Nebenbei habe ich noch an der philosophischen Fakultät studiert, bis ich mich vor rund sieben Jahren auf die Geschichte der Sowjetunion spezialisiert habe. Das kam dadurch, dass ich als Arzt einige „alte Bolschewiki“ und deren Angehörige, die den großen Terror der 30er erlebten, kennengelernt habe. Daraufhin ging ich in die Archive und begann nachzuforschen. Dort bin ich auf Prof. Vadim Rogowin gestoßen, der damals gerade an seinem 2. Band der Geschichte der „Linken Opposition“ schrieb. Von da an beschlossen wir, künftig gemeinsam weiterzuarbeiten und in Folge schrieb ich auch einige Kapitel der Bände über die „Linke Opposition“. Während der Arbeit am 7. Band ist Prof. Rogowin leider im Oktober '98 verstorben; aber ich bin überzeugt, dass seine Arbeit fortgesetzt werden wird. Die Hauptfrage, die sich viele Menschen seit damals stellen, ist, ob es einen anderen Pfad der

Entwicklung hätte geben können. Und das ist auch die Kernfrage, mit der sich Prof. Rogowin und ich beschäftigten.

Viele seiner ehemaligen Kollegen gaben nach und während dem Zusammenbruch der Sowjetunion ihre Positionen auf und begaben sich in das eine oder andere Lager; somit wurden auch die Beziehungen abgebrochen. Letztlich blieben ihm nur zwei bis drei Leute, die ihm bei der Veröffentlichung seiner Bücher halfen. Hier muß auch seine Frau Galina hervorgehoben werden, ohne die keines seiner Bücher veröffentlicht worden wäre.

Wie ist der Stand der russischen Geschichtsforschung?

Mit dem Einsetzen der „Perestroika“ kam eine Welle von „neuem“, bis dato unzugänglichen Material an die Oberfläche. Das alles erzeugte eine Stimmung, die sich bei vielen Menschen in der Hoffnung auf Reformen und einem Ende des Stalinismus niederschlug. Zur dieser Zeit war es der Wunsch der meisten Menschen, nun einen wirklichen Sozialismus aufzubauen. Aber leider kam es nicht soweit und der Prozeß der Restauration des Kapitalismus setzte ein. Das lieferte natürlich neue Aufgaben zur Fortsetzung unserer Arbeit, wie der Kampf gegen die sogenannte „post-stalinistische Schule der Fälschungen“.

Die Spaltung der herrschenden russischen Elite in ein nationales und ein neoliberales Lager spiegelt sich auch bei den HistorikerInnen wieder.

Gegen Ende der Sowjetunion wollten viele HistorikerInnen - die sogar Mitglieder der Partei waren - beweisen, dass der Ursprung des Stalinismus schon bei Lenin liegt. Und deswegen sehen sie die Wurzeln des stalinistischen Terrors in den Handlungen der Bolschewiki. Aber der Terror unter Stalin war ein gänzlich anderer als der „Terror“ nach der Revolution in der Periode des Bürgerkriegs. Was sie zu beweisen versuchen, ist letztlich nichts anderes, als dass die ganze Frage von Gewalt und Terror ein natürlicher Prozeß des Bolschewismus sei: zuerst war der Bürgerkrieg, dann die Kollektivierung und schließlich der Stalinismus. Ein typischer Vertreter dieser „neoliberalen“ Schule ist der auch in Westeuropa bekannte „Historiker“ und Ex-General Dimitri Wolkogonow.

Der andere Flügel kommt von der national-patriotischen Seite. Für sie war Stalin die Fortsetzung und der alleinige „bolschewistische Erbe“ Lenins. Jegliche Opposition und Gegner Stalins werden so zu „Antilenisten“ und „Antibolschewisten“. Stellvertretend für diese Strömung ist das ehemalige ZK-Mitglied Richard Kosolapow zu nennen, der gerade die noch unveröffentlichten Werke Stalins herausbringt.

Zum Schluß noch ein Wort zu einer anderen Art der historischen Forschung. Vorweg muss noch erwähnt werden, dass heute weit weniger Bücher und Arbeiten veröffentlicht werden als noch vor zehn Jahren. Trotzdem gibt es einige Autoren, die Bücher zu ganz besonderen Aspekten der Geschichte herausbringen, wie

z.B. Oleg Khlevniuk, Boris Starkov und Alexander Pantzow. Sie beschäftigen sich in ihren Werken hauptsächlich mit Entwicklungen der stalinistischen Bürokratie, der Rolle der Roten Armee und der „Linken Opposition“ in China. Nebenher gibt es noch eine große Anzahl von Publikationen, die mehr oder weniger unkommentiert neu entdecktes Archivmaterial veröffentlichten - dafür steht z.B. der Name Juri Feischtinsky. Er lebt zur Zeit in den USA und bringt viel neues Material über Trotzki heraus. Aber er ist ein bürgerlich-liberaler und das schlägt sich auch in seiner Interpretation nieder. Bleibt die Frage, wie wir die „neuen“ Fakten interpretieren und welche Folgerungen wir daraus ableiten.

Gab es eine Alternative zum Stalinismus und wenn ja, wie sah die aus?

Wenn wir Rogowins Bücher lesen, sehen wir sehr klar, dass es eine Alternative gegeben hat - die „Linke Opposition“. Der Kampf dieser Gruppe war nicht nur ein Kampf einer linken Fraktion innerhalb der Partei, sondern der besten bolschewistischen Kräfte: für den Internationalismus, soziale Gerechtigkeit und interne Parteidemokratie. Dieser Kampf wurde ursprünglich angeführt von Lenin und Trotzki und dann von Trotzki und seinen GenossInnen weitergeführt. In den 30ern wurde die „Linke Opposition“ schließlich ergänzt durch andere oppositionelle Strömungen, wie die „Arbeiter-Opposition“, die „Bucharin-Schule“ und die sogenannte „Riutin-Plattform“.

Wie würdest Du die weltweite Rolle des Stalinismus beschreiben?

Da können wir auf Trotzki zurückgreifen, wenn er sagte, dass Stalin nicht nur gegen den Marxismus kämpfte, sondern ihn prostituierte. Als erstes einmal untergrub der Stalinismus auf Weltebene das bolschewistische Prinzip des Internationalismus. An seine Stelle rückten immer stärker geopolitische Interessen, die schließ-

lich diametral den revolutionären Bewegungen gegenüberstanden. Z.B. die geheimen Verhandlungen und Diskussionen mit Frankreich und England hinter und auf dem Rücken des republikanischen Spanien. Oder schließlich der „Hitler-Stalin Pakt“ am Vorabend des 2. Weltkriegs, der unter anderem zu einer Aufteilung Osteuropas führte. Und nach dem Ende des Krieges die erneute Aufteilung der Welt unter den drei Supermächte, Britannien, den USA und der UdSSR. Das war mitunter auch ein Grund, warum sich nach dem Krieg keine weltweite revolutionäre Situation entfalten konnte.

War der Stalinismus eine „Spielart“ des Kommunismus?

Keine politische Bewegung kann sich unabhängig von der Gesellschaft heranbilden. Der Stalinismus entwickelte sich als direkter dialektischer Widerspruch zu allem, wofür der Bolschewismus steht und stand. Zuerst einmal lehnte der Stalinismus die Idee von gesellschaftlicher Gerechtigkeit und Gleichheit ab und schuf ein neues riesiges System von Privilegien, wie es bis dahin noch nicht gesehen wurde. Dann wurde die Idee des Internationalismus durch einen russischen Großmachtchauvinismus ersetzt und schließlich die Idee vom „Absterben“ des Staates in sein Gegenteil verwandelt - in die Stärkung des Staates; praktisch bedeutete das alles somit den Auf- und weiteren Ausbau einer absoluten Staatsgewalt. Wir sehen also, die Entwicklung des Stalinismus bedeutete einen vollständigen Bruch mit den Idealen und der politischen Ideologie des Bolschewismus. Und hier ist auch der Punkt, wo wir festhalten sollten, dass es nur eine wirkliche

Gruppe gab, die permanent vom Stalinismus unterdrückt wurde: das waren die Revolutionäre und Oppositionellen, die den Kampf für den Bolschewismus nicht aufgaben und gegen den Stalinismus fortsetzten. Natürlich gab es daneben auch noch andere gesellschaftlichen Gruppen, die von den Wellen der Unterdrückung

betroffen waren. Der Unterschied aber ist, dass hier Perioden stärkerer Unterdrückung wieder Perioden der Liberalisierung folgten. Zum Beispiel wurden Teile der technischen Intelligenz Anfang der 30-iger verfolgt, dann kam es aber wieder zu einer Lockerung und schließlich auch zu gesellschaftlicher Höherstellung, oder die Angriffe auf die Kirche wurden ersetzt durch den Versuch, die Kirche während des Krieges zu einer Säule des Stalinismus zu verwandeln. Und was die wenigsten wissen, nach dem Terror der Kollektivierung in den 30ern folgte eine Periode der Wiederherstellung der Rechte der Kulaken. Nur eine Gruppe war konsequent und ohne „Gnade“ dem stalinistischen Terror ausgesetzt - die Kämpferinnen und Kämpfer, die in der Tradition der Bolschewiki standen. Alleine schon von diesem Gesichtspunkt aus scheint es mir schwierig, den Stalinismus als „natürliches“ Ergebnis des Bolschewismus zu präsentieren.

Die Alternative, war das eine ideologische oder eine persönliche?

Wenn wir richtigerweise davon ausgehen, dass der Stalinismus eine politische Konterrevolution ist, dann ist es natürlich nicht möglich, dass sie nur durch die Person Stalins erfolgen konnte, da brauchte es eine Basis. Und diese Basis war eine soziale Schicht, die eine politische Degeneration vollzogen hatte. Was waren nun die Merkmale dieser Konterrevolution? Einmal die Tatsache, dass die Konterrevolution nicht von außen auf die Partei einwirkte, sondern von innen heraus kam. Und dann natürlich, dass weiterhin die Symbole und Phrasen der Bolschewiki benutzt wurden.

Hätte es genutzt, Stalin durch jemand anderen zu ersetzen?

Die Entwicklung einer Bürokratie ist das Ergebnis eines gesellschaftlichen Prozesses. Aber in bestimmten historischen Perioden kann die Rolle von einzelnen Persönlichkeiten zu einem sehr wichtigen Faktor werden.

Zum Beispiel: Nur einige Tage nach seinem Tod, stoppten die engsten Verbündeten Stalins eine neue Welle des Terrors. Oder ein anderes Beispiel: die Krankheit Lenins während der ersten innerparteilichen Auseinandersetzungen führte zu einer objektiven Stärkung der Gegner Lenins und Trotzkis und so auch mit zum Aufstieg Stalins. Daher ist es sehr schwierig, hier konkrete Aussagen zu treffen, aber meiner Meinung nach wäre vielleicht der Große Terror in den 30ern gestoppt worden, wäre Stalin damals schon gestorben.

Wenn es eine Alternative gab, warum „kapitulierten“ dann viele bekannte Mitglieder der „Linken Opposition“

Es kann keine Rede davon sein, dass die meisten Mitglieder widerrufen oder vor Stalin kapituliert haben - es gibt eine große Anzahl, die das eben nicht getan haben, wie z. B. Vladimir Kossior, der Bruder des ersten Generalsekretärs der ukrainischen Kommunistischen Partei, oder Boris Elzin, der den Bolschewiki 1898 beitreten und dessen Sohn Viktor Trotzkis Sekretär in den 20er war, auch bis zum Schluß standhaft blieb. Aber auch bekanntere Namen wie Riutin haben nie von ihren Idealen abgeschworen. Daneben gab es noch die große Schicht von Oppositionellen, die sich am Anfang zu Zugeständnissen erpressen ließen, sich aber dann weigerten, die Bürokratie bedingungslos zu unterstützen oder ihre Aussagen zurückzogen. Sie wurden ohne großes Aufsehen in geheimen Prozessen abgeurteilt und erschossen - darunter fallen auch so bekannte Oppositionelle wie z.B. Smilga.

Aus diesem Grund haben Trotzki und sein Sohn Leo Sedow über die Schauprozesse in den 30ern auch gemeint, dass tausende Menschen damals beschuldigt und verhaftet wurden, es der Bürokratie aber nur gelang, die Persönlichkeit einer handvoll Bolschewiki soweit zu brechen, dass sie öffentlich in diesen Schauprozessen auftraten. Die meisten von ihnen

saßen bereits 10 Jahre in Gefängnissen und hatten bereits ein absurdes Geständnis nach dem anderen abgegeben. Trotzki beschrieb den Weg der Kapitulation als eine schiefe Ebene, auf der man/frau sich immer weiter abwärts begibt, bis schließlich die letzten menschlichen Charaktereigenschaften gebrochen sind.

Wie siehst Du die „Schwarzbuch“ Debatte?

Bis jetzt ist das „Schwarzbuch“ in Rußland noch nicht erschienen, aber es gab schon eine Reihe von Artikeln dazu in der Presse. Um zu zeigen, was dieses Buch weltweit ausgelöst hat: Zum 80. Jahrestag der Oktoberrevolution erschien in der „offiziellen“ Tageszeitung Izwestia ein Artikel mit folgender Überschrift: „Kommunistische Regimes löschten 110 Mio. Menschenleben aus.“ Um auf diese Zahl zu kommen, mußten sie das Terrorregime Pol Pots in Kambodcha, die Herrschaft Maos, die Opfer der stalinistischen Verfolgung und sogar die des Bürgerkrieges miteinbeziehen. Wie wir sehen können, bedient sich die sog. „poststalinistische Schule der Fälschungen“ der gleichen Methoden der Geschichtsklitterung wie ihre Vorgängerin, die stalinistische. Kraut und Rüben werden gemischt, die Opfer des revolutionären „Terrors“ werden zusammengeworfen mit denen der Kollektivierung, des Großen Terrors und ich glaube, dass da auch jene dabei sind, die an diversen Krankheiten im Bürgerkrieg starben. Es ist klar, was mit solchen „Statistiken“ erreicht werden soll: nicht nur die Diskreditierung der Oktoberrevolution, sondern aller revolutionären Bewegungen. Niemand legt die Toten des Amerikanischen Bürgerkrieges den Gegnern der Sklaverei zu Lasten, im Falle der Sowjetunion ist das aber mittlerweile gang und gebe - das ist unseriös und unwissenschaftlich.

Ist es heute noch wichtig, über die „Linke Opposition“ zu forschen?

Die „Linke Opposition“ war die Erbin der besten Traditionen der

Bolschewiki. Die Bolschewiki hatten während der Revolution nur die 72 Tage der Pariser Commune als historische Erfahrung. Darum ist wichtig, die Ereignisse nach der Oktoberrevolution genau zu studieren und damit den revolutionären Horizont der sozialistischen Bewegung zu erweitern. Trotz aller Rückschläge durch den Stalinismus gibt es aber gerade deswegen eine neue Chance für revolutionären Internationalismus.

Die „Linke Opposition“ war einer doppelten Bedrohung ausgesetzt, auf der einen Seite von den stalinistischen Parteien und auf der anderen durch die bürgerlichen Demokratien und die Sozialdemokratie. Das erschwerte natürlich ihre politische Agitation und führte auch zu einer gewissen Isolation. Heute nach dem Kollaps des Stalinismus eröffnet das neue Möglichkeiten, um die Ideen und Traditionen der „Linke Opposition“ wieder in der ArbeiterInnenbewegung zu verankern. In Rußland beginnt bereits ein Umdenkprozeß bei einigen Teilen - ein Zurück zur Idee des Internationalismus und der sozialen Gerechtigkeit. Das bietet eine Chance für internationalistische Organisationen, die die Wichtigkeit der Arbeit in den Arbeitermassenorganisationen verstehen, und so das Sektierum überwinden können.

Das Interview wurde auf dem „Sommercamp - 10 Jahre danach“ in Kladno/Tschechische Republik im August 1999 von Ali Kropf geführt

Zum Weiterlesen:

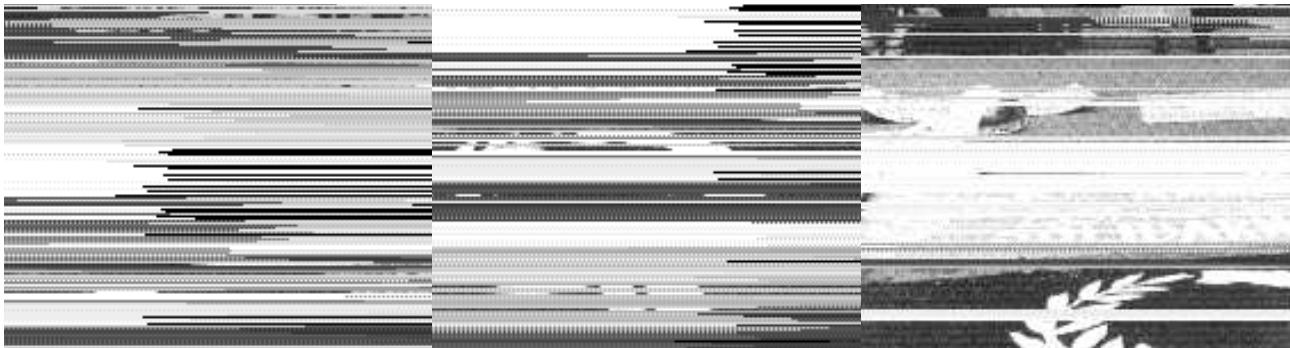


Die Fälschung der Geschichte der Oktober Revolution von L.Trotzki

128 Seiten
95 öS .-
(inkl. Porto)

Zusendung erfolgt nach Überweisung auf unser PSK-Konto 8812.733 (Name und Adresse angeben!)

Frauenbewegung im Spiegel der Zeit



Der Begriff des Feminismus geht auf Charles Fourier, einem der utopischen Sozialisten, der das Geschlechterverhältnis in der bürgerlichen Gesellschaft im 19. Jahrhundert kritisierte zurück. Er bezeichnete auch den „Grad der Emanzipation der Frauen in der Gesellschaft“ als „natürliches Maß der allgemeinen Emanzipation in der gegebenen Gesellschaft“. An der Wende zum 21. Jahrhundert stellt sich diese Frage im Rückblick auf das 20. Jahrhundert in Österreich wieder.

Wurzeln der Frauenbewegung

Die „Frauenfrage“ hat eine lange Tradition und geht zurück auf die historische Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts, die im Rahmen ihrer Zeit etwas revolutionär Neues war. Frauen machten zum ersten Mal ihre Probleme zum Inhalt politischer Aktivität. Damit wurde erstmals die Frauenfrage nicht als privates oder bestenfalls soziales Problem behandelt, sondern unter dem Gesichtspunkt eines politischen Interessenskonfliktes. Im Lauf der Geschichte haben sich die Inhalte der Frauenbewegung wesentlich verändert. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stand der Kampf um die rechtliche Gleichstellung im Vordergrund. Gefordert wurden das Recht auf Bildung und Beruf und gleiche politische Rechte. Politische Aktivität war für Frauen in dieser Zeit mit zahlreichen Erschwerissen verbunden. Neben geringer Bildung und harten Arbeitsbedingungen mußten politisch aktive Frauen mit strafrechtli-

cher Verfolgung rechnen. Denn das bis 1911 in Kraft befindliche Vereinsgesetz untersagte Frauen, Ausländern und Minderjährigen jede Form der politischen Betätigung.

Auch innerhalb der Arbeiterinnenbewegung mußten sich Frauen ihre Stellung erst erkämpfen. Die Frauen in den Kampf mit einzubeziehen war lange Zeit keine Selbstverständlichkeit. Beim Linzer Parteitag der Sozialdemokratie 1898 wurde den Arbeiterfrauen noch jede eigenständige politische Handlung abgesprochen. „Frauen haben die Aufgabe, durch Bewältigung der Alltagssorgen den Genossen die Ausführung ihrer öffentlichen politischen Aufgaben zu erleichtern“ heißt es da. Die Partei spricht sich vehement gegen Ortsgruppengründungen und die Aufnahme nichtorganisierter Hausfrauen und Heimarbeiterinnen aus. Die Gründung vom „Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen“ erfolgte 1902 gegen den Widerstand der eigenen Partei. Innerhalb der proletarischen Frauenbewegung betonte besonders Clara Zetkin die Wichtigkeit der Forderungen der Frauen innerhalb des Klassenkampfes. Sie stellte einen grundsätzlichen Zusammenhang zwischen der Emanzipation der Frau und der Arbeit vom Kapital her.

Die Gesellschaftsordnung des 19. Jahrhunderts ging von Ungleichheit zwischen Männern und Frauen aus. Diese Ungleichheit galt als gewollt und naturrechtlich abgesichert. In der heutigen Gesellschaft sind dagegen Gleichheit und Gleichberechtigung

von Männern und Frauen formalrechtlich durchgesetzt. Dinge wie Erwerbstätigkeit und Bildung, um die die historische Frauenbewegung ringen mußte, sind Selbstverständlichkeit geworden. Trotzdem ist die Benachteiligung der Frauen nach wie vor festgeschrieben. Durch die Rechtsgleichheit wird die Verteilungsungleichheit verdeckt. Frauen wird damit suggeriert, daß sie alle Möglichkeiten offen haben – die Realität sieht anders aus.

Frauenpolitik im Wandel der 70er und 80er Jahre

Speziell in den 70er Jahren wurde nach den SPÖ-Wahlsiegen für die soziale und rechtliche Gleichstellung der Frauen noch einiges durchgesetzt. Maßnahmen wie Sondernotstandshilfe für alleinstehende arbeitslose Mütter bringen neben den sozialen Aspekten auch Fortschritte für die gesellschaftspolitische Entwicklung. Vor allem in der Familienrechtsreform werden fortschrittliche Signale deutlich, auf dem Papier wird das „Oberhaupt der Familie“ gestürzt und der Begriff der partnerschaftlichen Ehe beteiligt den Mann offiziell an der Arbeit im Haushalt und der Erziehung der Kinder. Durch diese rechtlichen Schritte wird eine Debatte ausgelöst, die die Selbstverständlichkeit der Rolle der Frau im Haushalt und der Kindererziehung in Frage stellt. 1973 haben die Aktionen der Frauen Erfolg. Die Änderung des Abtreibungsparagraphen tritt 1975 in Kraft und bringt der Frauenbewegung enormen Aufschwung.

Dieser wird nach dem Ende der SPÖ-Alleinregierung deutlich gebremst. Seit Mitte der 80er Jahre werden die „Werte der Familie“ in der Politik wieder stärker betont und als Ausdruck dafür beginnt erneut eine Debatte über die Änderung der Fristenlösung. Die Vergewaltigung in der Ehe ist erst seit 1989 strafbar! Heute sind Frauen von der Offensive des Kapitals in verstärktem Ausmaß betroffen, wie auch die Entwicklung am Arbeitsmarkt zeigt; besonders Frauen werden in schlecht abgesicherte, niedrigbezahlte Beschäftigungsverhältnisse mit flexiblen Arbeitszeiten gedrängt. Dabei wird gerade die Arbeitszeitflexibilisierung oft als Fortschritt für Frauen im Sinne einer besseren Integration von Frauen mit Kindern in das Erwerbsleben angepriesen. Damit wird vermittelt, daß die gegenwärtige einseitige Mehrfachbelastung der berufstätigen Frauen und die ihr zugrundeliegenden Umstände selbst nicht in Frage zu stellen sind. Die Probleme, die sich aus dem Zusammenfallen beruflicher und familiärer bzw. haushaltlicher Aufgaben ergeben, werden automatisch den Frauen zugeordnet.

Die Wiederkehr der geschlechter-spezifischen Rollenbilder

Durch die beiden Sparpakete 1995 und 1996 wurde das gesamte „Frauenpaket“ vernichtet. Dabei war im Nationalratswahlkampf 1994 genau dieses Paket noch der große Erfolg gewesen, den die SPÖ für sich beanspruchte. Dann wurde das erhöhte Karenzgeld abgeschafft, die Geburtenbeihilfe gestrichen, das Pflegegeld und die Karenzzeit gekürzt, die Regelung zum Bezug der Arbeitslosenversicherung verschärft, die versprochene Kindergartenmilliarde reduziert und die für die Pensionszeiten notwendige Zahl an Versicherungsmonaten angehoben. Alles Maßnahmen, die besonders für Frauen mit „Betreuungspflichten“ enorme Rückschläge bedeuten. Das zeigt, wie schnell erkämpfte Rechte wieder rückgängig gemacht werden können. Frauenrechte wurden

– so wie andere Errungenschaften – nicht für immer errungen, auch wenn uns weismacht wird, dass der Kampf um die Gleichberechtigung bereits gewonnen sein.

In einer Zeit, in der Gewalt gegen Frauen alltäglich ist, in der die „Werte“ der Familie wieder hervorgehoben werden und Abtreibungsgegner Frauen attackieren, in der wir von sexistischen Rollenkischen in Werbung und sonstigen Medien umgeben sind, in der die Zuordnung von männlichen und weiblichen Verhaltenswisen immer noch derartig selbstverständlich ist, muss Widerstand nicht nur gegen ökonomische Ungleichheit geleistet werden, sondern gegen alle Formen der Frauenunterdrückung, die die patriarchal dominierte Gesellschaftsordnung einzementieren. Ein Beispiel aus dem Jahr 1998 verdeutlicht die immer noch herrschende Rollenzuschreibung, die mit einer Aufgabenzuteilung verbunden ist. In einem Werbeprospekt der Firma „Toys`R`Us“ findet sich unter dem Titel „Hier schlagen Mädchenherzen höher“ neben Barbies, Dampfbügeleisen und Babywickelzubehör ein Roboter: „Martina ist ein funkfern gesteuerter Roboter für Mädchen. Sie bewegt sich vorwärts, rückwärts und kann sprechen. Wenn Du Martina Komplimente machst, färben sich ihre Wangen rot.“ Daher ist es auch kein Zufall, dass die wissenschaftliche Forschung über biologische Geschlechterdifferenz in den letzten 20 Jahren einen Wiederaufschwung erlebt hat.

Das Frauenvolksbegehren

Im April 1997 auf Initiative des Unabhängigen Frauenforums gegründet, hat es den enormen Bedarf von Frauen gezeigt, sich gegen die Angriffe auf erkämpfte Rechte und gegen die starren Rollenzuschreibungen zu wehren. Über 645.000 haben das Frauenvolksbegehren unterschrieben, das u.a. Forderungen nach einem gesicherten Mindestlohn von 15.000,- und einer gerechten Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit enthielt. Die VertreterInnen der verschiedenen Parteien setzten sich im Rahmen des

Volksbegehrens medial in Szene, bekundeten, wie sehr sie sich für Frauenanliegen einsetzen - allein bis heute wurde keine einzige Forderung umgesetzt. Geblieben sind leere Versprechungen und die Tatsache, daß Frauen im Wahlkampf ein heiß umworbenes Wählerpotential sind. Was wir daraus lernen können, ist, dass wir uns im Kampf um mehr Frauenrechte nicht auf die etablierten Parteien und Organisationen verlassen können.

Eine kritische Bilanz

Wie die Geschichte zeigt, gibt es keine lineare Entwicklung. Bei einer Bilanzierung des 20. Jahrhunderts reicht es nicht, aufzuzählen was erreicht wurde und dann unter der Annahme einer stetigen Weiterentwicklung der Gesellschaft aufzuzählen, was noch erreicht werden muß bis zur völligen Gleichberechtigung von Frauen. Immer wieder gab es Rückschläge und wurden positive Entwicklungen, die schon stattgefunden hatten, in Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung wieder zunichte gemacht. In einer Zeit, in der sogar die bürgerlichen Parteien sich der Frauenfrage annehmen und um Frauen als WählerInnen buhlen, müssen gerade wir einen Gegenpol setzen. Die SOV steht für eine politische Frauenarbeit, der es nicht nur um ein paar Reformen geht, sondern um aktiven Widerstand gegen alle Formen der Unterdrückung von Frauen.

Claudia Sorger

Zum Weiterlesen:



Das SOV-Frauen Programm

62 Seiten
öS 50.-
(inkl. Porto)

Zusendung erfolgt nach Überweisung auf unser PSK-Konto 8812.733 (Name und Adresse angeben!)

Düstere Zukunft



Im Vergleich zum Optimismus, der am Beginn dieses Jahrhunderts innerhalb großer Teile der sozialistischen bzw. kommunistischen Bewegung herrschte, ist die Stimmung Ende des 20. Jahrhunderts nicht von unerschütterlichem Fortschrittsglauben geprägt. Die ArbeiterInnenbewegung kann in den letzten 100 Jahren auf Errungenschaften, aber auch auf Enttäuschungen und Niederlagen zurückblicken.

Viel von dem, was heute als „selbstverständlich“ gesehen wird, geht auf die revolutionären Bewegungen nach dem 1. Weltkrieg zurück. Aber auch nach dem 2. Weltkrieg konnte die ArbeiterInnenbewegung dem Kapital weitere Reformen abtrotzen. Diese waren jedoch weniger das Resultat von Arbeits- und Klassenkämpfen; als vielmehr der Angst der Bürgerlichen vor der potentiellen Stärke der ArbeiterInnenklasse.

Wie die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung, die in der revolutionären Situation nach dem 1. Weltkrieg durchgesetzt wurden (8-Stundentag, Betriebsräte, Arbeitslosenversicherung) Ziel der Reaktion und des Faschismus waren, so stehen auch heute immer mehr Rechte der ArbeiterInnenklasse auf der Abschussliste des Kapitals, oder sind schon zumindest aufgeweicht: 8-Stundentag und geregelte Arbeitszeiten, soziale Absicherung, Betriebsräte und Gewerkschaften. Die ideologische Offensive des Kapitals nach dem Zusammenbruch des Stalinismus in Verbindung mit der schwierigen Situation der Weltwirtschaft macht die Lage der

Lohnabhängigen global immer prekärer. Dem ideologischen folgte ein realer Angriff auf den „Luxus“ des Wohlfahrtsstaates. Die Politik orientiert sich daran, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sicherzustellen - auf Kosten der ArbeitnehmerInnen, der Löhne und Sozialleistungen.

Grenzen des Kapitals

Fortschritt nicht im Sinne von gesteigerten Chancen für die Verwertungsmöglichkeiten des angelegten Kapitals und der Profite, sondern im Sinne gesteigerter Chancen für die breiten Teile der Bevölkerung ist heute nur möglich, wenn die Auseinandersetzung mit dem Kapital gesucht wird. Von alleine kommen nur Verschlechterungen. Jede technologische Neuerung, die eigentlich den Lebensstandard erhöhen könnte, und bei gleichem Einkommen die Arbeitszeit verringern könnte stellt unter kapitalistischen Bedingungen für die Lohnabhängigen heute auch eine Gefahr dar.

Die Krisen in Asien, Rußland und Lateinamerika zeigen, wohin die Herrschaft des Kapitals und im speziellen des Finanzkapitals geführt hat: die Lebensbedingungen von Millionen Menschen sind abhängig von kurzfristig orientierten Kapitalströmen, die ihrer Jagd nach hohen Renditen fluchtartig ganze Kontinente verlassen und dazu führen, dass Volkswirtschaften zusammenbrechen. Die ArbeiterInnenklasse muss aus diesem Stadium des Kapitalismus neue Schlüsse ziehen. Eine Politik, die sich den Sach-

zwängen beugt, läuft auf eine immer höhere Verfügbarkeit und Unterwerfung der Menschen unter das Kapital hinaus und ist daher eine Sackgasse. Nur wenn sich die sozialistische ArbeiterInnenbewegung auf internationaler Grundlage organisiert, und der kapitalistischen Globalisierung die internationale Solidarität entgegenstellt, kann die Dynamik der letzten Jahre wieder gebrochen werden.

Was jetzt ansteht, ist wie am Beginn der ArbeiterInnenbewegung, ihre unabhängige politische Organisierung. Hier gibt es, wie in diesem Magazin angeführt, einige Beispiele für eine Neuorganisierung und Neuformierung der Linken. Linke Parteien sind dort erfolgreich und eine wirkliche Alternative, wo sie ihre Politik nicht im Rahmen budgetpolitischer und wettbewerbspolitischer selbst auferlegter Sachzwänge und Rahmenbedingungen orientieren, sondern an den Problemen und Lebenslagen der arbeitenden und arbeitslosen Menschen und an dem, was gesellschaftlich möglich sein könnte.

Im Kapitalismus werden die vielen gesellschaftlich vorhandenen Ressourcen nach zumindest seltsamen Schwerpunkten vergeben: enormer Reichtum und Befriedigung von Luxusbedürfnissen auf der einen Seite, Mangel und Armut, Nichterfüllung von Grundbedürfnissen auf der anderen: diese gesellschaftliche Ordnung kann nicht das Ende der Geschichte sein. Damit würde sich die Menschheit ein schlechtes Zeugnis ausstellen.

David Mum

Das Ende eines Auslaufmodells



Die 2. Republik zerbröseilt und wird zunehmend in Frage gestellt. Eine kritische Betrachtung zeigt ihre dunklen Seiten und die keineswegs immer günstigen Auswirkungen: Der Aufstieg der FPÖ seit 1986 wurzelt direkt in diesem fünfzigjährigen Konstrukt.

Der Beginn der 2. Republik basiert auf einer Reihe von Lügen. Der unsaubere Umgang mit Faschismus und Nationalsozialismus hat seinen Ursprung spätestens in der „Moskauer Deklaration“, mit der die Alliierten Österreich 1943 zum ersten Opfer Nazi-Deutschlands erklärten. Dass Österreich seinen „eigenen“ hausgemachten Faschismus hatte, wird gern verschwiegen. Und obwohl die Beteiligung von Österreichern an den Verbrechen des Naziregimes überproportional hoch war, wollen nach 1945 plötzlich alle WiderstandskämpferInnen gewesen sein. Entnazifizierung hat de facto nicht stattgefunden und mit der „Wiedergutmachung“ hat die 2. Republik solange gewartet, bis die meisten Opfer des Nationalsozialismus nicht mehr leben.

Am Anfang war die Lüge

Der Mythos, dass die einstigen Gegner der 1. Republik sich in den Konzentrationslagern wider begegnet seien und dort erkannt hätten, daß sie zusammenarbeiten müssen, ist die große Lebenslüge der 2. Republik. Die überwiegende Anzahl der politischen Opfer der faschistischen Regimes waren SozialdemokratInnen und KommunistInnen und nicht Bürgerliche.

Der SPÖ ging es nach 1945 wie schon 1918 nicht darum, eine sozialistische Gesellschaftsveränderung zu erreichen (wofür es sowohl eine Stimmung als auch ein kämpferisches Potential gab), sondern um ein „demokratisches“ Österreich, was in der Praxis ein kapitalistisches Österreich mit bürgerlichem Parlamentarismus bedeutete. Dieser Kurs wurde auch von der KPÖ vertreten, die bis heute stolz darauf ist, mit Alfred Klahr den „wissenschaftlichen Beweis“ für die Existenz der „Österreichischen Nation“ erbracht zu haben. Durch linke Phraseologie gelang es der SPÖ aber wieder – wie schon 1918 –, die Linken innerhalb der Partei zu halten, was die KPÖ (kombiniert mit ihrer extrem moskautreuen Linie), aber auch andere linke Organisationen, zu Randerscheinungen werden lies.

Stets auf Grundlage des Kapitalismus

Antikapitalistische Initiativen wurden von SPÖ & ÖGB-Seite beendet, wie z.B. die von EisenbahnerInnen bei vielen Dienststellen nach 1945 gebildeten Aktionsausschüsse, die die Arbeit selbst verwalteten oder der Oktoberstreik 1950. SPÖ & ÖGB standen von der ersten Stunde an auf Basis des Kapitalismus. Der ÖGB definiert sich als Teil des (bürgerlichen) Staates und agiert mit der „Produktivitätslohntheorie“ im Rahmen der Profitlogik. Er versteht seine Verantwortung darin, sich am Wachsen des Kuchens „konstruktiv“ zu beteiligen.

Sozial“partnerschaft“

SPÖ & ÖGB legten sich schon in den ersten Jahren der 2. Republik auf die „Sozialpartnerschaft“ fest, die bis heute als Quelle des Wohlstandes gefeiert wird. „Sozialpartnerschaft“ gaukelt eine „Partnerschaft“ vor, wo einander widersprechende Interessen existieren. Österreich ist keineswegs das einzige Land mit Sozialpartnerschaft, aber wahrscheinlich jenes, in dem dieses System am meisten institutionalisiert, perfektioniert und von der Gewerkschaftsbürokratie verinnerlicht worden ist. Beginnend mit den fünf Lohn-Preis-Abkommen der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre wurde ein System der ständigen und vollständigen „Zusammenarbeit“ etabliert, das bis heute existiert. Auf Regierungsebene spiegelt sich das in der dauerhaften Zusammenarbeit zwischen SPÖ und ÖVP und der jahrzehntelangen Proporzpolitik wieder.

Ideologie Sozialpartnerschaft

Das nach 1945 massiv geschwächte österreichische Privatkapital hatte ein vitales Interesse an dieser „Partnerschaft“, die benutzt wurde, die ArbeiterInnenschaft während des Nachkriegsaufschwungs ruhig zu halten und so eine solide und stabile Basis für die Kapitalakkumulation zu schaffen. Anlässlich des 4. Lohn-Preis-Abkommens im Jahr 1950 kam es zu einer österreichweiten Streikwelle gegen diesen faulen „Kompromiß“, der in der Praxis weitere Umverteilung

weg von den ArbeitnehmerInnen bedeutete. Ausgehend von Oberösterreich traten 100.000e ArbeitnehmerInnen in den Ausstand, der auch als ein Aufbäumen gegen die „Sozialpartnerschaft“ gesehen werden muß.

Für den ÖGB stellte der „Oktoberstreik“ sein Lehrstück dar: Unterstützt von Staat und Unternehmern wurden die Streikenden via Medien und mit Brachialgewalt bekämpft. Bis heute wird der Oktoberstreik als „kommunistischer Putschversuch“ verunglimpft. Dies ist angesichts der Tatsache, daß die KPÖ ebensowenig wie die SPÖ auf ein sozialistisches Österreich hinarbeitete und treibend dabei war, den Streik auszusetzen (also de facto zu beenden), eine weitere Lüge.

Die Konsequenzen

Die Sozialpartnerschaft wurde nicht nur zum zentralen Instrument des ÖGB, sondern auch zu seiner Ideologie. Auch die Strukturen der Gewerkschaft entsprachen diesem Modell: nicht die Basis sollte an der Umsetzung ihrer Interessen beteiligt werden, sondern die Führung betrieb Stellvertreterpolitik. Jahrzehntelang wurde die Rolle der Mitglieder auf die Bezahlung des Mitgliedsbeitrages reduziert. Die undemokratischen Strukturen des ÖGB beschränkten eine Beteiligung der Basis auf – im besten Fall – Diskussionen, die Mitwirkung an Beschlüssen ist nicht möglich.

So lernte die österreichische ArbeitnehmerInnenschaft jahrzehntelang: „Du brauchst Dich um nichts kümmern, das machen andere“ und „wir sitzen alle im selben Boot“. Die ArbeitnehmerInnenschaft – ArbeiterInnen und Angestellte in Industrie, Gewerbe und im Dienstleistungssektor, aber auch Arbeitslose – ist in den letzten Jahrzehnten zahlenmäßig, also objektiv, stärker geworden. Subjektiv aber, was Erfahrungen im Klassenkampf, was Klassenbewußtsein und Verständnis für die Mechanismen des Kapitalismus angeht, ist sie schwach. Geschwächt noch durch Spaltungen wie in Frauen & Männer,

In- und AusländerInnen, die von ÖGB- und SPÖ-Bürokratie zwar theoretisch verurteilt, aber praktisch gefördert werden. Noch immer gibt es kein passives Betriebsratswahlrecht für ImmigrantInnen und beide – SPÖ und ÖGB – stehen hinter den rassistischen Immigrations- und Arbeitsgesetzen.

Wo wäre Österreich heute ohne Sozialpartnerschaft? Hätte es Österreich geschafft, von einem der ärmsten Länder Europas nach dem 2. Weltkrieg zu einem der reichsten der Welt zu werden? Hier gilt es erneut, hinter die Kulissen des „Wideraufbaus“ zu blicken. Zwei Quellen gibt es für den Reichtum in Österreich: Erstens das politische Interesse des Westens v.a. der USA, der Österreich für den Kapitalismus an sich und als Drehscheibe in den Osten im speziellen erhalten wollte und daher massiv Geld in Form des „Marshallplanes“ in Österreich investierte. Die zweite Quelle ist der jahrelange Verzicht der österreichischen ArbeiterInnenschaft, die, eben durch die Sozialpartnerschaft, enormen Reichtum schuf, von dem sie aber nur unterproportional profitierte.

Langfristig hatte die Sozialpartnerschaft also v.a. zwei Auswirkungen: dem schwachen österreichischen Privatkapital wieder auf die Beine zu helfen und die ArbeiterInnenschaft systematisch in die Passivität zu treiben. Jener letzte Faktor ist es, der heute maßgeblich für den Aufstieg der FPÖ verantwortlich ist.

Der FPÖ-Aufstieg ist hausgemacht

Dass in Österreich die stärkste rechtsextreme Partei Europas existiert, wurzelt in diesen Elementen der 2. Republik. Zwar wird die FPÖ nicht in erster Linie wegen ihrer ausländerfeindlichen Politik gewählt und auch nicht wegen Haiders Sagern zur „ordentlichen Beschäftigungspolitik im 3. Reich“, zu „Straflagern“ (als Bezeichnung für KZs) und zu den „anständigen“ Menschen (Angehörige der Waffen-SS) – aber die Leugnung der eigenen Geschichte und die nie stattgefundene Entnazifizierung machen Haider und die FPÖ in diesem Punkt

zu „normalen“ österreichischen Politikern, die sich mit manchen Vertretern anderer Parteien vergleichen können.

Auch die Stellvertreterpolitik des ÖGB kommt der FPÖ zugute, die sich nun als Stellvertreter für den Frust vieler über die Politik von SPÖ und ÖGB aufspielen kann. Der entscheidende Grund für den Aufstieg der FPÖ ist die Schwäche der Linken. Deren Ursache ist einerseits der plumpe Antikommunismus der Sozialdemokratie. Andererseits führt die subjektive Schwäche der ArbeiterInnenschaft zu einer Schwäche der Linken, die es erst zu überwinden gilt. Die Hegemonie der Sozialdemokratie über die ArbeiterInnenschaft ist in den letzten Jahren zerbrochen. Wie die 2. Republik, so zerbröselt auch die SPÖ, eine ihrer wichtigsten VertreterInnen. In Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs konnte sie noch Politik für die ArbeitnehmerInnen vorgaukeln, weil es etwas zu verteilen gab, heute aber ist sie die Partei des Sozialabbaus geworden. Profitiert hat davon bisher nur die Rechte, in Form der FPÖ.

Nein zur 2. Republik

Der Aufstieg der FPÖ geht Hand in Hand, ist Ergebnis und Ausdruck für den Zerfall der 2. Republik. Die kommenden Jahre werden die schlechtesten Elemente dieses Modells erhalten, verbunden mit neuen Problemen. Das zentrale Merkmal der Zukunft wird Instabilität sein. Regierungen, die nicht von langer Dauer sind, Angriffe auf die Rechte und den Lebensstandard der ArbeiterInnenschaft und der breiten Masse der Bevölkerung, eine weitere Schwächung der Gewerkschaft. Die österreichische ArbeiterInnenschaft ist geschwächt, aber nicht geschlagen, sie hat viel nachzuholen, aber sie kann lernen. Damit Wut und Widerstand nicht bei der FPÖ kristallisiert werden, gilt es nicht nur, den Rassismus der FPÖ aufzugreifen, sondern dem gesamten Konstrukt der 2. Republik eine sozialistische Alternative entgegenzusetzen.

Sonja Grusch

Wie die FPÖ bekämpfen?



Die Reaktionen auf die massiven FPÖ-Gewinne am 3.10.99 sind unterschiedlich und reichen von moralischen Appellen an die bisherigen Regierungsparteien über Resignation bis zu Abfinden & Einbinden. Keines dieser Konzepte wird der FPÖ letztendlich etwas entgegensetzen können.

Die bürgerlichen Medien haben nie ernsthaft versucht, Haider und die FPÖ zu stoppen. Anstatt das durchwegs arbeitnehmerInnenfeindliche Programm der FPÖ zu kritisieren, wird jedem Schwenk Haiders übermäßige Beachtung geschenkt und Bedeutung beigemessen.

Ausgrenzen aber richtig!

Auch die sogenannte „Ausgrenzungspolitik“ der SPÖ kann weder Haider, noch einen weiteren Rechtsruck stoppen, da die SPÖ selbst die Sparmaßnahmen zu verantworten hat, was zu einer Verschärfung des sozialen Klimas geführt hat. Auf der einen Seite rassistische Gesetze beschließen und Sparpakte schnüren und sich auf der anderen Seite gegen Rassismus und Rechtsruck auszusprechen, ist eine sowohl widersprüchliche als auch unglaubliche Haltung. Auch sieht man/frau angesichts der kommunalen Zusammenarbeit von SPÖ und FPÖ in verschiedenen Bundesländern, dass es die SPÖ mit ihrer angeblichen Ausgrenzungspolitik nicht besonders ernst nimmt. Die SPÖ hat durch ihre Politik eine politische Perspektivenlosigkeit zu verantworten, die mit ein Grund für den Aufstieg der FPÖ ist.

Durch diese Politik war und ist es der FPÖ möglich, sich als „Opposition“ und Vertreterin des „kleinen Mannes“ und der „kleinen Frau“ zu präsentieren. Um die FPÖ effektiv zu bekämpfen, ist es wichtig gegen die Politik des Sparens und Auseinanderdividierens von AusländerInnen und InländerInnen, Frauen und Männern aufzutreten, um eine wirkliche Perspektive anbieten zu können.

„Laßt sie doch arbeiten“

Ein häufiger Standpunkt ist auch, dass man die FPÖ ruhig in die Regierung lassen solle, dann müßte sie sich endlich beweisen. Bei solchen Argumenten ist wichtig zu bedenken, dass eine FPÖ Regierungsbeteiligung reale Verschlechterungen und Restriktionen gerade für benachteiligte Bevölkerungsschichten, wie MigrantInnen, Frauen, sozial Schwache und AlleinerzieherInnen bedeuten würde. Auch wäre die Organisierung von Widerstand wesentlich schwerer, da die FPÖ für „Law&Order“ also für Restriktionen gegenüber Linken, KritikerInnen und Gewerkschaften steht.

Mit wem ausgrenzen?

Die „Demokratische Offensive“ sprach sich in ihrem Aufruf gegen die FPÖ und deren Rassismus aus. Nur dem Druck von unten ist es zu verdanken, daß auch die rassistische Regierungspolitik erwähnte wurde. Einer Politik, die zwar von Haider diktiert, aber von Schlägl ausgeführt

wurde. Auch die Sparpolitik, die von SPÖVP in den letzten Jahren betrieben wurde, ist für die „Demokratische Offensive“ kein Thema. Wodurch der Eindruck erweckt wird, dass ein Rechtsruck etwas ist, das vollkommen losgelöst von sonstigen Entwicklungen stattfindet. Die Trennung von Sozialabbau und Rechtsruck ist etwas vollkommen Künstliches, da beides einander bedingt. D. h. gegen das eine aufzutreten und das andere nicht einmal zu erwähnen, kann weder Haider stoppen, noch dem Rechtsruck, der unter welcher Regierung auch immer zu erwarten ist, effektiv etwas entgegensetzen. Die „Demokratische Offensive“ setzt auf Breite auf Kosten von politischen Inhalten, außerdem betreibt auch sie eine Stellvertreterpolitik und bietet nicht die Möglichkeit aktiv mitzuarbeiten.

Die SOV vertritt ein ganz anderes Konzept: Für uns ist aktive Mitarbeit der wichtigste Faktor im Widerstand gegen FPÖ, Rechtsruck und Sozialabbau. Die SOV ist seit Jahren gegen Sozialabbau und Rassismus aktiv - nicht nur in Worten, sondern in Taten. Für uns ist es wichtig, eine breite Basis für Widerstand in verschiedenen Bereichen zu organisieren. Zum Beispiel bereiten wir einen wienweiten SchülerInnenstreik im Falle einer FPÖ-Regierungsbeteiligung vor. Auch in anderen Bereichen (Frauen und Gewerkschaft) versuchen wir breiteren Widerstand zu organisieren und bieten jedem/jeder die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden.

Barbara Fröschl

Geht uns die Arbeit aus?



Arbeitsamt



Massenkündigungen bei Fusionen, steigende Aktienkurse bei Personalabbau, Produktivitätssteigerungen und die anhaltende Massenarbeitslosigkeit in Europa erzeugen eine Stimmung, die das „Ende der Arbeit“ heraufbeschwört und die Unmöglichkeit einer Rückkehr zur Vollbeschäftigung predigt. SoziologInnen und PolitologInnen schreiben dutzende Bücher, in denen diese These vertreten wird und meinen, die Gesellschaft solle gemeinnützige Tätigkeiten irgendwie fördern.

Vollbeschäftigung: ein Relikt?

Hans Peter Martin verbreitete in seinem Bestseller „Globalisierungsfalle“ die Szenerie, dass Erwerbsarbeit eine Ausnahmeerscheinung sein wird, nämlich nur für 20% der Bevölkerung.

Vivianne Forrester meint in „Der Terror der Ökonomie“, dass es sich bei der Arbeitsgesellschaft um eine „untergegangene Welt“ handelt. Sie kommt zum Schluß, dass es angesichts des „nicht zu behebenden und wachsenden Mangels an Arbeitsplätzen lächerlich und grausig (ist), jedem der Millionen zählenden Arbeitslosen eine nachweisbare und ständige Suche vorzuschreiben (...) nach einer Arbeit, die es gar nicht gibt.“

Der Soziologe Andre Gorz sieht im Mangel an Arbeitsplätzen eine Unternehmer-Strategie. Gegen den Zusammenschnitt der ArbeitnehmerInnen und die Gewerkschaft haben diese „ihre unbesiegbare Waffe gefunden, nämlich die alle betreffende Verunsicherung, die Diskontinuität und Auf-

lösung der Arbeit, ihren massiven Abbau.“ „Es gibt nicht und wird nie wieder <genug Arbeit> (gemeint ist entlohnte, feste Vollzeitarbeit) für alle geben.“ Er sieht im Verschwinden der Arbeit auch Chancen. Da Erwerbsarbeit unter dem Diktat des Kapitals und zu dessen Gunsten nichts erstrebenswertes sei, widerstrebt vielen die Perspektive einer Karriere in einer Vollzeitbeschäftigung. Wer sich nicht langfristig an eine Firma bindet, definiert sich nicht mehr über den Arbeitsplatz.

Das Problem sieht Gorz darin, dass heute ein Arbeitsplatz ein Wert an sich ist. Er garantiert Einkommen und auch viele soziale Rechte sind an ihn gebunden. Des Weiteren haben viele Menschen vor allem in der Arbeit soziale Kontakte zu anderen. Statt der Arbeitsgesellschaft schwebt Gorz nun die „Multiaktivitätsgesellschaft“ vor. In dieser hat die Erwerbsarbeit für den/die Einzelne keine zentrale Rolle mehr, und man/frau kann über seine Zeit selbst verfügen.

Und die Realität?

Was hat es mit diesen Perspektiven auf sich, werden sie von der Realität bestätigt? Es kann schon sein, dass künftig z.B. 20% der erwerbsfähigen Bevölkerung ausreichen werden, um die industriell gefertigten Güter und eine Reihe von (industrienahen) Dienstleistungen herzustellen. Aber daraus kann nicht auf eine Ende oder Verschwinden der Erwerbsarbeit geschlossen werden.

Der Anteil der in der Industrie

Beschäftigten geht schon seit gerauer Zeit zurück, ohne dass deswegen zwangsläufig die Beschäftigung insgesamt sinkt. Die Frage ist, wie soll das Verschwinden der Arbeit gemessen werden. Es bieten sich einige Indikatoren an:

1) Die absolute Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse - nur werden da Voll- und Teilzeitbeschäftigte über einen Kamm geschert.

2) Die Entwicklung der Beschäftigungsquoten: Diese zeigen die relative Bedeutung der Arbeit an, indem sie den Anteil der Menschen im Erwerbsalter angeben, der in Beschäftigung steht.

3) Die Entwicklung des Arbeitszeitvolumens, also Arbeitskräfte mal Arbeitszeit. Dieses zeigt das Ausmaß der geleisteten Erwerbsarbeit.

Wenn bei den selben Beschäftigungsquoten immer mehr Teilzeit arbeiten, müsste das Arbeitszeitvolumen stagnieren oder zurückgehen – so beim sogenannten „Poldermodell“ in den Niederlanden der Fall.

Die Entwicklung in den Industrieländern

Ein Vergleich der OECD-Länder von 1986 und 1996 zeigt folgende Trends: Ein Steigen des Arbeitskräftepotentials, also der Leute, die einen Arbeitsplatz haben, oder als Arbeitslose einen suchen. Das heißt, dass heute mehr Menschen darauf angewiesen sind, sich ihre Existenz durch einen Arbeitsplatz zu sichern, als früher. Weitere angeführte Punkte:

- 1) Eine deutliche Zunahme der Frauenbeschäftigtequote.
- 2) Anstieg der Beschäftigung.
- 3) Zunahme der Teilzeitarbeit an der Gesamtbeschäftigung in der OECD von 15,5 auf 18,6%.
- 4) 30% der weiblichen und 10% der männlichen Beschäftigungsverhältnisse waren 1996 Teilzeitjobs.
- 5) 70% der Teilzeitstellen sind mit Frauen besetzt.

6) Lineare Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit, aber kein weiteres sprunghaftes Ansteigen.

Was die Beschäftigung betrifft, gibt es selbst für die OECD keine Anzeichen, dass sie verschwindet, eher im Gegenteil. Die stattgefundenen Änderungen am Arbeitsmarkt betreffen die Stabilität der Beschäftigungsverhältnisse, wie die Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes. Die Vergrößerung des Arbeitskräftepotentials zeigt, dass immer mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt und unselbständige Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Die kapitalistischen Staaten - vor allem in Europa - sind seit Mitte der 70er Jahre mit dem Phänomen der Massenarbeitslosigkeit konfrontiert, die in Rezessionen weiter ansteigen, ohne dass der Sockel abgebaut wurde.

Gerade die USA zeigen eine mögliche Entwicklung, die nicht durch das „Ende der Arbeit“, sondern einen Boom an schlecht bezahlten Jobs charakterisiert ist. In den 90er Jahren gab es eine steigende Beschäftigung im Dienstleistungssektor. Die zentrale Tendenz war nicht das Verschwinden von Beschäftigung, sondern für große Teile der Bevölkerung eine Verschlechterung der Beschäftigungsqualität: also kurzfristige, prekäre und schlecht bezahlte Jobs.

Die USA weisen mit 73,1% eine im internationalen Vergleich hohe Beschäftigungsquote auf. Der Erwerbstätigenanteil stieg seit Mitte der 70er Jahre um 10 Prozentpunkte auf ca. 75%. Aber es stieg nicht nur die Zahl der Beschäftigten zwischen '91 und '97 um fast 40 Mio., sondern auch die durchschnittliche Arbeitszeit: 1996 arbeitete der Durchschnittsamerikaner 247 Stunden länger als 1989, wäh-

rend das Einkommen der Durchschnittsfamilie sank. Eine Zunahme der Teilzeitstellen heißt nicht automatisch, dass sich das selbe Arbeitsvolumen auf mehr Menschen aufteilt, sondern auch, dass viele Menschen auf mehrere Teilzeitstellen angewiesen sind und auch ausüben müssen.

Lohnarbeit und Arbeiterbewegung

Das Verhältnis der ArbeiterInnenbewegung zur Arbeit war schon immer ein ambivalentes: Einerseits sind die Mitglieder der ArbeiterInnenklasse gerade dadurch gekennzeichnet, dass sie in ihrer Existenz darauf angewiesen sind, Lohnarbeit auszuüben. Andererseits stellt eben diese Lohnarbeit die Grundlage für die Ausbeutung und den Reichtum der Kapitaleigentümer dar. Die Arbeiterbewegung stellt daher aus ihrer objektiven Lage heraus zwei Forderungen bezüglich der Arbeit:

1) Arbeit für alle, Recht auf Arbeit, denn jedeR, der/die darauf angewiesen ist, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, soll auch einen Arbeitsplatz haben. Trotzki hat dementsprechend argumentiert, dass das Recht auf Arbeit das einzige Recht ist, dass einem Lohnarbeiter im Kapitalismus zustehen sollte, aber auch das wird ihm verweigert. 2) Die Verkürzung der Arbeitszeit für alle, die sich im Arbeitsprozess befinden, da nur durch eine Arbeitszeitverkürzung eine Aufteilung der Arbeit auf Alle erreicht werden kann.

Kampf um Arbeitszeitverkürzung

Die „10 Stunden-Bill“, die die tägliche Arbeitszeit in England auf 10 Stunden fixiert hat, schätzte Marx als großen Fortschritt ein. Am Beginn der modernen ArbeiterInnenbewegung stand der Kampf um den 8-Stundentag, der auch das Leitmotto der internationalen 1. Mai-Demonstrationen war. Große Fortschritte bei der Arbeitszeitverkürzung waren in Österreich 1959 die Verkürzung von 48 auf 45 Stunden und die schrittweise Verkürzung von 45 auf 40 zwischen 1970 und 1975. In den 80er und 90er

Jahren wurde die Arbeitszeit nicht mehr in großem Ausmaß generell verkürzt, sondern durch den Anstieg der Teilzeitbeschäftigung und den Flexibilisierungsabkommen der 8-Stundentag für weite Bereiche der Beschäftigten aufgehoben und gesellschaftlich in Frage gestellt.

Die Antwort auf die gegenwärtigen Beschäftigungsprobleme kann nicht sein, wie es die oben angeführten AutorInnen empfehlen, sich vom Kampf um Vollbeschäftigung zu verabschieden, sondern die vorhandene Arbeit auf alle aufzuteilen. Das Volumen der Erwerbsarbeit ist in den letzten Jahren nicht gesunken. Auch die steigenden Erwerbsquoten zeigen - die Menschen sind auf Arbeit angewiesen. Wenn die Arbeit verkürzt und neu verteilt wird, ist auch eine Arbeitszeit von 30 oder weniger Wochenstunden möglich. Daneben bleibt den Menschen genug Zeit für „sinnstiftende selbst gewählte Tätigkeiten“ abseits der Erwerbsarbeit, ohne dafür einen geringeren Lebensstandard in Kauf nehmen zu müssen (also Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn/Gehalt). Diesem Ziel hat sich die SOV mit ihrer Kampagne für die 30-Strundenwoche verschrieben. Doch diese Zielsetzung richtet sich gegen die Interessen des Kapitals, das die Arbeitszeit nicht generell verkürzt wissen will, sondern an die jeweilige Auftragslage anbinden will. Das steht aber dem prinzipiellen Interesse der ArbeitnehmerInnen nach individueller Zeiteinteilung entgegen.

David Mum

Zum Weiterlesen:



Arbeitsplätze schaffen - Arbeitszeit verkürzen

36 Seiten

45 öS .- (inkl. Porto)

Zusendung erfolgt nach Überweisung auf unser PSK-Konto 8812.733 (Name und Adresse angeben!)

Was ist Sozialismus?



„Stellen wir uns endlich, zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor,...“ (Karl Marx; Das Kapital, MEW 23, S. 92) Bei Marx und Engels finden sich solche Sätze spärlich. Aussagen über die zukünftige sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft waren schon eher die Sache der sogenannten „utopischen Sozialisten“, wie Fourier, Morus oder St. Simon, die in ihren Arbeiten der phantasievollen Ausgestaltung der Zukunftsgesellschaft breiten Raum widmeten.

Genau dagegen wandten sich Marx/Engels. Sie wollten in einer umfassenden Art und Weise die Gesellschaft analysieren und gleichzeitig eine Handlungsanleitung für die ArbeiterInnenklasse liefern. Sie erkannten, dass in einer kapitalistischen Gesellschaft, die durch den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital charakterisiert ist, sich der Mensch als „Gattungswesen“ nicht „jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen“ entwickeln könne.

Erst durch den revolutionären Akt der Vergesellschaftung der Produktionsmittel tritt die Menschheit „vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit“ (Engels), und „an Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (Kommunistischen Manifest). Das bedeutet, dass die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zwar ein notwendiger Akt zur Befreiung des „Gattungswesens“ Mensch ist, keineswegs

jedoch ein hinreichender. Marx und Engels konnten und wollten kein Szenario des Kommunismus entwerfen, da eine Gesellschaft, die nicht mehr auf der unabdingbaren Basis eines Klassenwiderspruchs aufgebaut ist, qualitativ unterschiedliche Widersprüchlichkeiten und Mechanismen aufweisen wird. Und die wiederum können durch unsere „Eingebundenheit“ in eine Klassengesellschaft höchstens vermutet, nicht aber wissenschaftlich erkannt werden.

Die Diktatur des Proletariats

Marx und Engels sprachen sinngemäß von der „Diktatur des Proletariats“ als ersten Schritt zur Befreiung des Menschen von der Unterdrückung durch den Menschen. In den letzten Jahrzehnten hat dieser Begriff einen negativen Beigeschmack bekommen. Die Schuld daran tragen die stalinistischen Diktaturen im ehemaligen Ostblock, die sich den klassischen „marxistischen“ Sprachgebrauch aneigneten und somit diskreditierten. Dazu kommt noch, dass in der heutigen Sprache der Begriff „Diktatur“ – durch die Erfahrungen des 20. Jahrhundert mit faschistischen und Militärdiktaturen – gänzlich negativ besetzt ist. Marx und Engels verstanden den Staat als Instrument der Unterdrückung einer Klasse durch eine andere – als Klassenstaat. Der kapitalistische Staat ist somit unabhängig von seiner konkreten Form – egal ob Demokratie, Monarchie, Diktatur, Faschismus etc. – eine Diktatur einer Minderheit (der Bourgeoisie)

über die Mehrheit (das Proletariat).

Die Formel von der „Diktatur des Proletariats“ besagt in diesem Sinn nichts anderes, als die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit, und das stellt auch das qualitativ Neue an einer solchen Gesellschaft dar. Die „Diktatur des Proletariats“ ist also jene Gesellschaftsform, mittels welcher das Proletariat seine Herrschaft nach einer siegreichen Revolution gegenüber der unterlegenen Bourgeoisie absichert. Es wäre ja auch naiv zu glauben, dass sich die Bourgeoisie mehr oder weniger kampflos geschlagen gäbe. Somit beschwört jede Revolution mehr oder weniger auch die Konterrevolutionäre – also den „Überlebenskampf“ der Bourgeoisie, herauf. Gegen diese Konterrevolution muss sich das siegreiche Proletariat verteidigen und das gelingt eben mit dem Aufbau einer Gesellschafts- und Staatsstruktur, die diesen Zwecken entspricht.

Sozialistische Demokratie

Der Begriff „Diktatur des Proletariats“ wird heute nicht mehr verwendet. Der schale Beigeschmack ist trotz des Zusammenbruchs des Stalinismus geblieben. Daher wird heute von MarxistInnen von „sozialistischer Demokratie“ gesprochen. Ein Widerspruch? Keineswegs: Sozialistische Demokratie hat nichts gemein mit „Diktaturen“, wie sie der Kapitalismus hervorgebracht hat; in Chile, im Faschismus etc.. Sozialistische Demokratie ist die organisierte Einbeziehung aller in alle Angelegenheiten der Gesellschaft. An

die Stelle von „großen Männern“, die die Geschicke der Welt leiten und die Geschichte schreiben, tritt eine Heerschar von „kleinen Leuten“ (Männer, Frauen, Alte, Junge, ...), die in frei gewählten Komitees, gemeinsam den Lauf der Dinge erörtern und Lösungen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht der Profite orientieren, finden und umsetzen.

Die Gewählten sind der Wähler-Innenschaft jederzeit rechenschaftspflichtig, jederzeit absetzbar und sie genießen keinerlei materielle Privilegien. Ihr Einkommen entspricht dem Durchschnittseinkommen. Diese Komitees wird es auf allen Ebenen geben, in den Fabriken, in den Grätzln, auf Bezirks-, Stadt- und Landesebene, ja sogar auf Weltebene. Erstmals in der Geschichte der Menschheit hat die Mehrheit die Geschicke der Menschheit tatsächlich in den eigenen Händen und das gesamte menschliche Potential, seine Kreativität, seine Erfahrungen und seine Talente werden in den Entscheidungsprozess miteinbezogen. Das ist Demokratie und die Macht geht erstmals wirklich vom „Volke“ aus.

Der Staat stirbt ab

Ist der Ausgangspunkt der „Sozialistischen Demokratie“ noch die Sicherung der Revolution vor der Konterrevolution, beginnt sie als Staat mit ihrem Erscheinen auch abzusterben. In dem Maße, wie sich die neuen Verhältnisse durchsetzen, verschwinden auch die Klassen der alten Gesellschaft. Eine Bourgeoisie, die nichts mehr besitzt und somit auch ihre alte Macht verliert, wird nur mehr physisch in den Menschen, die ihr einmal angehörten, weiter existieren. Diese Menschen sind es auch, die die alten Verhältnisse wiederherstellen wollen. Je besser und je länger sich die neue Gesellschaft entwickelt, umso weniger werden diese Anstrengungen werden, weil sie keine reale Basis in der Gesellschaft mehr vorfinden. In dem Maße, wie die Bourgeoisie verschwindet, hört auch das Proletariat als ihr historischer Konterpart auf, eine Klasse zu sein.

Die Klassen verschwinden also, übrig bleibt letztlich der freie Mensch. Der Staat ist aber immer Mittel der Klassenherrschaft. Der proletarische Staat ist also Mittel der Herrschaft des Proletariats. Wenn also das Proletariat und mit ihm alle Klassen verschwinden, verschwindet auch der Staat und damit jede Herrschaft des Menschen über den Menschen. Es bleiben nur Aufgaben der Verwaltung und Administration. Wie dieser Weg genau vor sich gehen wird, lässt sich nicht vorhersagen, seinen Ausgangspunkt kann man/frau dafür umso genauer definieren. Grundbedingung für den Weg zur klassenlosen Gesellschaft, der freien Assoziation freier Menschen, ist die Eroberung der Macht durch die ArbeiterInnenklasse - das Proletariat eben. Diese Machteroberung manifestiert sich in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel – das heißt, dass der Gesellschaft alles gehört. Dieser Punkt ist schließlich die Grundlage dafür, dass alle alles mitbestimmen können. Aber das ist noch nicht die Lösung aller Probleme, es ist erst die Grundlage zu einer Lösung.

Das Prinzip der Politik über die Ökonomie wäre erstmals verwirklicht. Demokratisch aufgebaute Strukturen und moderne Kommunikationstechnologien ermöglichen es Allen, unabhängig von Geschlecht, Alter, Hautfarbe am Mitbestimmungsprozeß teilzunehmen. Sowohl in der Ökonomie, als auch in allen anderen politischen Feldern gilt: Demokratisches Mitarbeiten statt Repräsentationsdemokratie. Staatswesen und Militär werden ersetzt durch freie Zusammenschlüsse freier Menschen, Nationen und Staaten verschwinden, die Regierung über Menschen verschwindet, was bleibt ist – um es mit Marx zu sagen - die „Administration von Dingen“.

Das Potential einer neuen Gesellschaft

Mehr als hundert Jahre nach dem Tod von Marx und Engels und mehr als zehn Jahre nach dem Niedergang der meisten stalinistischen Diktaturen soll der Versuch einer sozialistischen Pers-

pektive im Hinblick auf den heutigen Stand von Technologie und Wissenschaft versucht werden. Keine Zukunftsvisionen, lediglich das Aufzeigen der Möglichkeiten, welche selbst die gesellschaftlichen Entwicklungen einer kapitalistischen Gesellschaft uns in einer nicht durch das Kapital diktieren Welt bieten könnte.

Technik ist nicht wertfrei!

Spätestens seit Mitte des 20. Jahrhunderts kann vom technischen Fortschritt nicht mehr gesprochen werden, ohne gleichzeitig die Schattenseiten zu nennen. Industrieller Massenmord der Nazis, Atombombe auf Hiroshima sind nur die krassesten Beispiele der „dunklen Seite“ der kapitalistischen Entwicklung. Technische Errungenschaften können nicht mehr, wie dies viele MarxistInnen in den 20er und 30er Jahren glaubten, einfach in ein sozialistisches System „übernommen“ werden. Die (Profit-)Logik des Kapitalismus hat sich längst in die produzierten Waren eingeschrieben, von der Waffenindustrie bis zu Konsumgütern mit „eingebauten Ablaufdatum“. Lobbies kaufen Patente auf und verhindern so die Realisierung umweltverträglicher Produktionen etc. Andererseits würde schon allein die vernünftige Anwendung bereits existierender Technologien ausreichen, um zumindest die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen. So könnten selbst nach dem heutigen Stand der Agrarwirtschaft zwölf(!) Milliarden Menschen ernährt werden (bei sechs Milliarden Weltpopulation), während allein im Jahr 1998 900(!) Millionen Menschen an Unterernährung gestorben oder schwer erkrankt sind. Würden anstatt „shareholder value“ (= Hohe Dividenden für Aktionäre) die Bedürfnisse der überwiegenden Mehrheit der Menschen zum Ausgangspunkt globaler Überlegungen, so wäre es nach heutigem Forschungsstand möglich, die Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energieträger wie Wind, Sonne oder Erdwärme umzustellen. „Umweltschutz“ wäre nicht bloßes Anhängsel von wirt-

schaftspolitischen Überlegungen, sondern integrales Moment aller gesellschaftlicher Eingriffe in die natürliche Umwelt.

Bildung und Forschung

Von besonderer Bedeutung wird auch die Umgestaltung des Bildungswesens sein. Nach Überwindung der Leistungsgesellschaft kann auch im Ausbildungs- und Erziehungsprozeß das gemeinsame und solidarische Lösen von Problemen zum zentralen Aspekt von Bildung werden. Nicht „besser sein als die Anderen“, sondern gemeinsam mit anderen Menschen Ziele zu verwirklichen. Kreatives Lernen abseits von „Benotung“ und Frontalunterricht wären die zentralen Aspekte einer sozialistischen Bildungspolitik. In einer sozialistischen Demokratie stehen für jeden Menschen die gleichen - und besten - Ausbildungsmöglichkeiten offen. Wie in allen gesellschaftlichen Teilbereichen wird auch das Bildungswesen demokratisch, mittels direkter Teilnahme der betroffenen Menschen, organisiert.

In der Forschung würden nicht zahllose Energien in die Erfindung von Tötungstechnologien fließen, sondern eben in Lösungen für wirkliche Menschheitsprobleme. Auch würden WissenschaftlerInnen in den Zwang von Privatinteressen geraten. Es ist eben absurd, dass etwa in der medizinischen Forschung, der Profit im Vordergrund steht und dadurch WissenschaftlerInnen nebeneinander her arbeiten, um als erste eine Lösung für das eine oder andere Problem zu finden. Stattdessen sollten sich die „Forschungsteams“ austauschen und am selben Strang ziehen. Es spielt dann auch keine Rolle mehr, ob sich jemand diese Forschungsergebnisse (z.B. Medikamente) leisten kann oder nicht. Aidskranke würden unabhängig davon, ob sie im reichen Norden oder im armen Süden leben, Zugang zu den neuesten und besten Therapien haben, weil eben die Bedürfnisse der Menschen und nicht der Profit einzelner im Mittelpunkt der Gesellschaft steht.

Kommunikationstechnologien wie das Internet können helfen, Demokratisierung und verbesserte Kommunikation zwischen Menschen - auch entlegener Weltgegenden - herzustellen; Informationsbeschaffung, unabhängig von der geographischen Position. Weltweite Netze nicht mehr zum Zweck der Verschiebung von Spekulationsgewinnen in Milliardenhöhe oder geheimer militärischer Informationen, sondern, um kulturellen und wissenschaftlichen Austausch zu fördern und das ganz ohne „Cyber“, Computer- und Softwaregiganten wie AOL, IBM oder Microsoft und „Netzpolizei“.

Befreite Arbeit

Die „Freizeit“ würde in einer sozialistisch organisierten Gesellschaft so nicht mehr existieren. Zur Produktion der - durch gemeinschaftlichen und demokratischen Plan ermittelten - notwendigen Güter, würde auf die Menschen, welche sich an der Produktion beteiligen wollen, aufgeteilt. Rationalisierungsmaßnahmen würden die notwendige Arbeitszeit verkürzen, nicht jedoch wie im Kapitalismus Existenzgrundlagen vernichten. Durch die Auflösung der „Entfremdung der Arbeit“ verschmelzen „Freizeit“ und „Arbeitszeit“ zu vielschichtigen und kreativen Tätigkeiten. Kommunikation zwischen Menschen erreicht wieder den Stellenwert, den ihr als essenzielle Komponente des sozialen Daseins eigentlich zusteht. „Berufe“ sind keine lebenslangen und geschlechtsspezifischen Zuschreibungen mehr. Gesellschaftlich notwendige, aber „unangenehme“ Arbeiten werden auf alle erwerbsfähigen Menschen gerecht aufgeteilt werden - natürlich auch die Hausarbeit, (sofern nicht vergesellschaftet). Auch hier gilt: Keine Befreiung der ArbeiterInnen ohne Frauenbefreiung.

Dazu passt die oft eingebrachte Floskel, dass niemand arbeiten würde, würde er nicht dazu gezwungen. Dieser ebenso alte wie falsche Einwand der selbstherrlichen VertreterInnen der Bourgeoisie wird uns gerne entgegen geworfen. Wie erklären sich

diese weisen (meist) Herren dann, dass es ehrenamtliche Tätigkeiten gibt, die von Abertausenden freiwillig geleistet werden. Arbeit ist eben mehr als nur die fremdbestimmte Verrichtung von Tätigkeiten zum Zwecke der Erreichung eines Einkommens. Arbeit ist die Gestaltung des Lebensumfelds, die Produktion notwendiger Güter, allgemein gesprochen ein Beitrag des/der Einzelnen zur Gesellschaft. Befreite selbstbestimmte Arbeit orientiert sich daran, welche Fähigkeiten und Bedürfnisse der/die Einzelne hat, wie er/sie sich am gesellschaftlichen Prozeß sinnvoll beteiligen kann und will. Was sinnvoll ist, bestimmt jedeR Einzelne selbst mit. Der Mensch definiert sich selbst über seinen Beitrag zur Gesellschaft, der Mensch ist eben nichts ohne die Gesellschaft. JedeR trachtet danach, etwas „aus seinem Leben zu machen“. Das ist nicht nur durch „Geldverdienen“ definiert, sondern auch, ob man/frau das Gefühl hat, etwas sinnvolles beizutragen. Im Kapitalismus ist das natürlich ungemein schwieriger, da wer, was, wie produziert, nicht die Menschen bestimmen, die es dann produzieren. In einer sozialistischen Gesellschaft bestimmen aber die ProduzentInnen auch über die Produktion.

Und was ist mit Arbeiten, die keiner machen will? Die Antwort ist einfach: Wir werden sie abschaffen. Sinnlose, erniedrigende „Dienstleistungen“, kraftraubende, gesundheitsschädliche, monotone Fließbandarbeit aller Art, wird, so sie nicht notwendig ist, abgeschafft. In einer Gesellschaft von Gleichen braucht es keine „Dienstmädchen“, „Hundstrümmerlaufkrauber“ oder Kinderarbeit in der 3. Welt. Dazu kommt noch, dass viele körperlich schwere Arbeiten auch heute schon weitgehend von Maschinen übernommen werden könnten. Das geschieht aber nicht, weil es im manchen Bereichen immer noch (oder schon wieder) billiger ist, menschliche statt maschinelle Arbeitskraft einzusetzen. Da bleibt doch etwas übrig? Ja, Kanalräumen, Reinigungsarbeiten, etc. Und wer soll das machen? Alle! Wie soll das ohne

Zwang organisiert werden? Wenn die Gesellschaft befindet, das eine Arbeit notwendig ist, wird sie auch bereit sein, sie zu verrichten. Das Schlimmste an diesen Tätigkeiten ist ja nicht, sie verrichten zu müssen, sondern, sie dauernd und ausschließlich zum Wohl anderer, die sich von diesen Tätigkeiten befreien können, verrichten zu müssen.

Reproduktionsarbeit und die Befreiung der Frau

Einen zentralen Punkt in der Befreiung der Menschheit, stellt sicherlich eine völlige Reorganisation der Reproduktionsarbeit (wie Hausarbeit, Kindererziehung etc.) dar. Der Kapitalismus bedient sich hier gewachsener Strukturen, die mit den Klassengesellschaften vor ihm entstanden sind und entwickelt wurden. Diese Struktur bedeutet die Ausbeutung der Frau, diese sich in der Familie als soziales Konstrukt des Kapitalismus manifestiert.

Mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel alleine ist die Befreiung der Frau von der Reproduktionsarbeit noch nicht erreicht. Für „den Mann“ wird es auch nach einer „sozialistischen“ Revolution „angenehmer“ sein, das Essen serviert zu bekommen und sich nicht um Hausarbeit kümmern zu müssen. Die klassische sozialistische Argumentation ist die von der Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit. Das heißt, die Erziehung der Kinder, das Kochen, das Wäsche-waschen, etc. wird gemeinschaftlich organisiert: in Kindergärten, in Schulen, in Volksküchen, in Wäschereien etc.. Diese Arbeiten werden aus der Familie herausgenommen, wie überhaupt bis zu einem gewissen Grad die Familie als Versorgungsinstitution überflüssig wird. Menschen würden dann endlich aus freien Stücken in selbst gewählten Lebensformen zusammenleben und nicht um ihre Versorgung sicherzustellen.

Der Fortschritt einer neuen Gesellschaft wird sich letztlich auch daran messen müssen, wie weit sie in der Frage der Emanzipation der Frau

geht. Ob sie es eben schafft, die notwendige Reproduktionsarbeit, tatsächlich auf die gesamte Gesellschaft, also auch auf die Männer zu verteilen. Ansätze dazu sind sicherlich Rotationsprinzipien, „soziale Monate“, die regelmäßig wiederkehren und so weiter und so fort. Um die alte Gesellschaft aus den Köpfen zu bringen, werden hier sicher viele neue Methoden und Wege nötig sein. Und diese Wege beginnen nicht erst mit der Revolution und bis dahin, bleibt alles wie es ist. Ganz im Gegenteil, diesen Fragen muss bereits heute und jetzt in der sozialistischen Bewegung ein zentraler Stellenwert eingeräumt werden. Dazu gehören die Selbstorganisierung von Frauen ebenso, wie der Kampf gegen patriarchale Weltbilder in Männerköpfen – auch innerhalb der ArbeiterInnenbewegung. Denn eines ist klar, je stärker das Bewußtsein in dieser Frage bereits entwickelt ist, desto besser wird sich eine neue Gesellschaft in diesen Fragen entwickeln können.

Sozialismus fällt nicht vom Himmel

Natürlich ist nicht sicher vorhersehbar, wohin und wie sich eine klassenlose Gesellschaft entwickelt. Gesellschaftliche Veränderungen sind komplexe Prozesse, und auch mit Beseitigung der kapitalistischen (Un-)Ordnung sind natürlich längst nicht alle Probleme gelöst. Die Perspektive einer klassenlosen Gesellschaft, die nicht den einheitlichen Menschen schafft, sondern lediglich einheitliche Ausgangsbedingungen zur vielfältigen Entwicklung aller Menschen, erfordert gerade jetzt, in Zeiten einer ideologischen Offensive des Kapitals, organisierten Widerstand. Wir müssen schon jetzt die Widersprüchlichkeiten des kapitalistischen Systems aufzeigen und angreifen. Die Verrostung auf später bringt uns einer sozialistischen Gesellschaft keinen Schritt näher. Schon jetzt müssen wir Probleme, wie die Diskriminierung der Frau, Rassismus, Umweltverschmutzung, soziales Elend, Hunger, um nur einige wenige zu nennen, aufgreifen und versuchen, zu

lösen. Dass diese Lösungen im Kapitalismus selbst keine dauerhaften sind, darf uns nicht vom Kämpfen abhalten.

Die Geschichte ist nicht zu Ende!

Der Kampf um den Sozialismus ist ein integraler Kampf, ein Kampf um Gleichberechtigung der Frau, um saubere Umwelt, ein Kampf gegen den Hunger und gegen den Krieg. Letztlich aber ein Kampf um die Macht – Macht für die Mehrheit, ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen zu können. Wann muß der Kampf geführt werden, wenn nicht jetzt? Die Geschichte ist nicht zu Ende, wie uns das manche postmodernen Philosophen weis machen wollen, im Gegenteil: Die Geschichte hat noch gar nicht begonnen. Denn, frei nach Friedrich Engels, erst in einer klassenlosen Gesellschaft beginnt die Geschichte der Menschheit und ist ihre Vorgeschichte zu Ende!

Wir müssen jetzt unsere Energien darauf verwenden, eine Welt vorzubereiten, die eine Welt der freien Menschen sein wird. Viele Schritte sind noch zu tun. Es gilt von neuem, eine einheitliche revolutionäre Bewegung zur Überwindung des kapitalistischen Systems aufzubauen. Die SOV sieht sich selbst als Teil dieses Projekts. Es liegt in unserer Hand, die Wahl, vor die uns Rosa Luxemburg schon vor mehr als 80 Jahren stellte, richtig zu entscheiden: „Sozialismus oder Barbarei!“

**Martin Birkner
Harald Mahrer**

Zum Weiterlesen:

**Manifest
der
Kommunistischen
Partei**



MARX/ENGELS
Das
Kommunis-
tische
Manifest
108 Seiten
öS 30.-
(inkl. Porto)

Zusendung erfolgt nach Überwei-
sung auf unser PSK-Konto 8812.733
(Name und Adresse angeben!)

Partei & Bewußtsein



Die SOV versteht sich als revolutionär sozialistische Organisation, in der Tradition und dem Beispiel jener Parteien folgenden, die an der Spitze der Masse der Lohnabhängigen und Ausgebeuteten auf dem Weg zu einer radikalen Veränderung der Gesellschaft standen. Davon, was das für uns bedeutet, handelt dieser Artikel.

“Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.” Dies ist der erste Satz des ersten Kapitels des “Manifestes der Kommunistischen Partei”, des ersten politischen Programms der ArbeiterInnenbewegung, geschrieben 1848, am Vorabend der französischen Februarrevolution, von Karl Marx und Friedrich Engels, im Dezember 1847, also vor mehr als 150 Jahren!

Damals revoltierten die ausgebeuteten Massen von Paris und den Pariser Vororten, als die von den gemäßigten Republikanern (einer der damaligen Parteien der Bourgeoisie) organisierten öffentlichen Bankette für die Erweiterung des Wahlrechts verboten wurden. Der “Bürgerkönig” Louis Philippe von Orléans (während der Julirevolution von 1830 vom konstitutionell-monarchistischen und liberalen Bürgertum gegen die republikanische ArbeiterInnenenschaft zum König “gewählt” bzw. eingesetzt) dankte ab und floh nach Britannien.

Als dann aber die Bourgeoisie, die zu schwach war, um ihre eigenen Klasseninteressen alleine durchzusetzen, und zu diesem Zweck einen Verbündeten - hier das zahlenmäßig herausragende Proletariat - benötigt,

eben dieses offen verriet, kam es zur “Pariser Juniinsurrektion von 1848 - der ersten großen Schlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie” (Engels 1888), der ersten selbständigen revolutionären Bewegung des Proletariats.

Der subjektive Faktor

Der Aufstand der Pariser ArbeiterInnen, der von 24. bis 26. Juni dauerte, wurde damals durch den Kriegsminister Cavaignac blutig niedergeschlagen. Woran es fehlte - in Frankreich wie in ganz Europa zur Zeit der Revolutionen 1848/49 -, war eine Organisation, welche die Kämpfe bündeln und leiten würde - die “proletarische” oder “kommunistische” Partei.

Die Menschheitsgeschichte hat seit ihrem Bestehen bereits zahlreiche Revolutionen gesehen - gescheiterte wie gegückte. Momente, in denen die Unterdrückten all ihren Mut und ihre gesamte Kraft zusammennahmen, um gegen die ungerechten Verhältnisse und die diese Verhältnisse verteidigende Obrigkeit anzukämpfen. Doch diese Versuche des Umsturzes bzw. der Befreiung waren immer nur dann erfolgreich, wenn 1) die Zeit reif dazu war, d.h. die äußerer Umstände einen solchen revolutionären Ausbruch quasi erzwangen, und 2) die spontanen “Wutausbrüche” sich dermaßen gehäuft (“akkumuliert”) hatten, dass sich die vereinzelten Kämpfe ausweiteten auf einen einzigen großen Kampf und 3) dieser von einer bewussten Führung geplant und vorbereitet

wurde. “Die gegenwärtige Krise in der menschlichen Kultur ist die Krise der Führung des Proletariats.” (Trotzki 1938)

Im modernen sozialistischen Sprachgebrauch nennen wir einen solchen Punkt in der Geschichte, an dem die “objektiven Faktoren” gegeben sind, eine „revolutionäre Situation“. Entscheidende Voraussetzung für eine siegreiche Revolution ist aber durch die Existenz des “subjektiven Faktors” (einer revolutionären Partei). Die Dialektik (i.e. den Zusammenhang) von Spontaneität und Bewusstsein oder Klasse, Partei und Führung zu begreifen und die aus dieser Erkenntnis gewonnenen Resultate richtig anzuwenden, ist eine der vorrangigsten Aufgaben der „Weltpartei des Sozialismus“, wie Trotzki es nannte.

Für den Aufbau dieser Partei haben auch Marx und Engels Zeit ihres Lebens gekämpft: Während der frühen Phase ihrer Zusammenarbeit in der Redaktion der „Rheinischen Zeitung“. Danach im Vorstand des „Bundes der Kommunisten“, der Auftrag für die Herausgabe des „Manifests der Kommunistischen Partei“ gegeben hatte. In der Zeit der Reaktion und des Rückfalls der europäischen ArbeiterInnenklasse in zahlreichen (radikalen wie gemäßigten) Publikationen und sich bildenden politischen Formationen. Und zwischen 1864 und 1876, in der auf Initiative britischer und französischer Gruppen in London gegründeten „Internationalen Arbeiter Assoziation“ (= 1. Internationale), die „das

Fundament zum internationalen proletarischen Kampfe für den Sozialismus" (Lenin) legte.

Die Krise der Führung

Gegen Ende der Zwischenkriegszeit stand das Proletariat weltweit ohne revolutionärer Führung da. So kam es, dass die bürgerlichen Führer der sozialdemokratischen Parteien, wie auch jene der stalinistischen KPN zusahen, wie der Faschismus siegen und sich ausbreiten konnte, oder, wie unter anderem während der spanischen Revolution, sich aktiv an der blutigen Niederwerfung von Volksaufständen beteiligten.

In dieser Zeit führten Trotzki, Weggefährte Lenins bis zu seinem Tod 1924 und gemeinsam mit diesem Organisator der sozialistischen Revolution 1917, und seine AnhängerInnen einen unerbitterlichen Kampf um den Aufbau einer schlagfertigen Alternative. Am 3. September 1938 wurde, auf einer geheimen eintägigen Konferenz in einer Scheune die endgültige Proklamation der 4. Internationale in Perigny, Frankreich bestätigt (offiziell bekannt wurde sie später als „Konferenz von Laussane“).

Dies geschah inmitten der Phase der fatalen „Appeasement-Politik“ der Westmächte mit dem deutschen Faschismus und am Vorabend des 2. Weltkrieges, das heißt zu einem Zeitpunkt, an dem das europäische Proletariat an seinem absoluten historischen Tiefpunkt angelangt war. Heute, da diese Internationale den Krieg und den Nachkriegsboom“ nur teilweise überlebt hat (zu einem Teil in unserer Internationale), ist es nötig geworden, diese Traditionen neu aufzugreifen und am Kampf für eine neue Führung aktiv teilzuhaben, aber auch am Aufbau für eine neue Partei der ArbeiterInnen und der Jugend, da es momentan (und das in Wirklichkeit schon seit Jahren) keine reale Alternative auf politischer Ebene gibt. Eine Aufgabe, der u.a. wir uns in Österreich als GründerInnen und UnterstützerInnen der Zeitung Vorwärts (seit 1981) und (seit ihrer

Gründung im Mai 1996), deren Organisation, der SOV, verschrieben haben.

Klasse und Bewusstsein

Werfen wir nun noch kurz einen Blick auf die Fragen: „Ist das Proletariat in seiner „ursprünglichen“ Form, wie Marx es kannte, überhaupt noch existent?“ und „Was ist das Bewusstsein einer Klasse und wie bildet es sich?“

Die klassische wissenschaftliche Analyse des Klassenkampfes und Ausarbeitung des Weges, den das Proletariat in dieser Entwicklung zur Erreichung seiner Ziele durchgemacht hat bzw. noch durchmachen muss, führten Marx und Engels zu folgendem Ergebnis: Vorerst lediglich „Klasse an sich“, die sich in losen ökonomischen und sozialen Verbänden zur Verteidigung gegen die Angriffe des Kapitals organisiert und mit zunehmender Vergesellschaftung und Kollektivierung der Arbeit zusammenrückt zur „Klasse für sich“, zur sich ihrer gemeinsamen Lage bewussten Klasse.

Marx und Engels und nach ihnen Lenin und Trotzki haben bereits zur Genüge die Notwendigkeit der Klassenunabhängigkeit sowie der revolutionären Selbstorganisierung des Proletariats als wichtigste Bestandteile der Revolution in Permanenz zur Erreichung der klassen- und staatslosen Gesellschaft, aufgezeigt.

Die zwei Pfeiler der ArbeiterInnenbewegung

Die Gewerkschaft: Entstanden aus den frühkapitalistischen Selbsthilfegruppen, sowie den mittelalterlichen Gilden - kämpft für die unmittelbaren Interessen der Werktätigen, für ein „gerechtes Einkommen“, einen menschenwürdigen Kranken- und Pensionsschutz, niedrige Arbeitszeiten, Bildung etc., d.h. also für ein lebenswertes Dasein. Letztlich auch zur Schaffung einer besseren Ausgangsposition in diesem Klassenkampf.

Die Partei: Sie muss die Massen

weitergehend organisieren und mobilisieren, um einerseits gegen Angriffe des Kapitals gewappnet zu sein und andererseits für die langfristige Erhaltung dieser Reformen zu kämpfen, welche nur durch einen radikalen Bruch mit der kapitalistischen Gesellschaft und den Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaft auf der Grundlage einer kollektiven Produktionsweise möglich werden wird. Und da jeder Klassenkampf auf eine politische Auseinandersetzung hinausläuft, ist die Partei Ausdruck dieser dominierenden Seite des Kampfes, mündend in die Frage um die Macht!

Doppelte Aufgabe

Wie bereits oben angesprochen, stehen wir heute vor einer doppelten Aufgabe: Dem Aufbau einer breiten Massenpartei und der Schaffung einer revolutionären Führung, wobei das eine nicht ohne das andere zu bewerkstelligen ist und umgekehrt.

Und das ist es auch, was uns Marx und Engels sagen wollten, als sie vor anderthalb Jahrhunderten (!) schrieben: „Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer [und Frauen] gezeugt, die diese Waffen führen werden - die modernen Arbeiter. (...) Das Proletariat macht verschiedene Entwicklungsstufen durch. Sein Kampf gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz.“

Pablo Hörtner

Zum Weiterlesen:

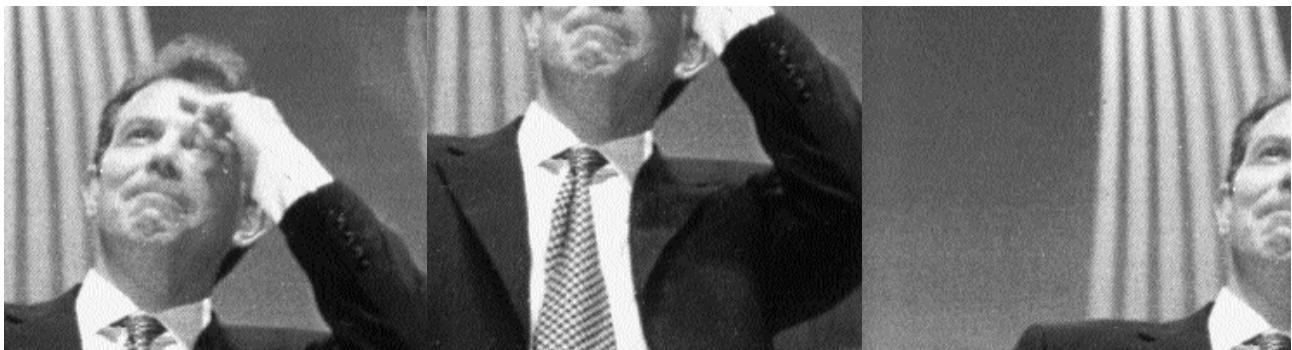
Übergangs-Programm
von
Leo Trotzki

PIERRE LAMBERT
Die Aktualität des Übergangsprogramms
intarlit

80 Seiten
öS 60.-
(inkl. Porto)

Zusendung erfolgt nach Überweisung auf unser PSK-Konto 8812.733 (Name und Adresse angeben!)

Chance für Neo-Keynsianismus?



Angesichts des „Turbokapitalismus“ besinnen sich viele der „guten alten Zeit“. Damals, als Kreisky sagte, ihm seien Arbeitsplätze wichtiger als Schulden, war die Welt noch in Ordnung. Also wieder zurück zu Keynes?

Was ist Keynesianismus?

Angesichts der Unzulänglichkeiten und der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus haben Ökonomen verschiedene Modelle als Handlungsanleitungen entwickelt. Im wesentlichen gibt es zwei Denkrichtungen, die sich v.a. in der Frage „Staatsintervention: Ja oder Nein“ unterscheiden. Während die (Neo-)Liberalen den staatlichen Eingriff auf die Kontrolle der Geldmenge beschränken, hat dieser bei den (Neo-)Keynesianern eine weit größere Rolle. Er soll Nachfrage erzeugen, die die Wirtschaft ankurbeln und die Spalten der Konjunkturzyklen abmildern. Finanziert werden soll diese Politik durch Verschuldung in Abschwungzeiten, die durch erhöhte Steuereinnahmen in Aufschwungzeiten wieder wettgemacht werden soll. Soweit die Theorie.

Der spezielle Nachkriegsaufschwung

Staatsinterventionismus an sich ist nichts „linkes“. Die Kriegswirtschaft sowohl der Nazis, als auch die US-Militärprogramme unter Reagan beruhten auf Intervention des Staates in die Wirtschaft. Die Politik der

Kreisky-Ära ist typisch für den Keynesianismus der 70er Jahre. Der langanhaltende Nachkriegsaufschwung hatte Illusionen in einen „funktionierenden“ Kapitalismus geschaffen, man hoffte mittels „Deficit-Spending“ die Krise der 70er Jahre zu übertauchen und auf einen weiteren, langen Aufschwung zuzusteuern. Der Boom nach 1945 hatte aber ganz spezielle Voraussetzungen (v.a. die enormen Zerstörungen durch den 2. Weltkrieg), die einmaligen waren. Ab den 70er Jahren kehrte der Kapitalismus zu seiner krisenhaften Realität zurück. Und befindet sich seither in einer langanhaltenden Depressionsperiode. Einer Zeit, in der immer schwächere Aufschwünge durch häufige Krisen unterbrochen sind. Wo trotz „Aufschwung“ die Arbeitslosigkeit zum Massenphänomen geworden ist und die Armut auch in den „reichen“ Ländern wieder alltäglich ist.

Der Ruf nach Neo-Keynesianismus

Wenn heute keynesianische Maßnahmen gefordert werden, so müssen wir zwei Dinge fragen: wie sieht der ökonomische Rahmen aus und wer soll diese durchsetzen? Die Verteilungsspielräume sind heute im Vergleich zu den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg wesentlich geringer. Eben weil der Kapitalismus international am Rande einer Weltwirtschaftskrise entlangbalanciert, hat er keine Ressourcen für „soziale Rüscherln“.

Natürlich gäbe es eine Reihe von

Maßnahmen, die zu einer Umverteilung von oben nach unten führen würden - Steuerreformen, Arbeitszeitverkürzung, Reallohnnerhöhungen etc. Alles Maßnahmen, die als Schritte genannt werden, um die Inlandsnachfrage zu steigern und damit die Wirtschaft anzukurbeln. Der Haken dabei - Jeder Kapitalist wird ihnen zustimmen, solange er selbst davon nicht betroffen ist. Eben weil der ökonomische Spielraum enger ist, muß der Kampf für solche Schritte viel härter sein als in der Vergangenheit.

Aber welche Organisationen sollen diesen Kampf führen? Die Sozialdemokratischen Parteien stehen auf der Seite des Kapitals, selbst ihre „keynesianischen“ Maßnahmen sind Neoliberalismus durch die Hintertür: die 35-Stunden-Wochen der Jospin-Regierung war das trojanische Pferd für Flexibilisierung und Deregulierung. Die Gewerkschaften sind selbst noch stark in ihrer systemerhaltenden Rolle verhaftet - z.B. bei der Standortlogik.

Aber selbst wenn keynesianische Maßnahmen eingeführt würden, die kurzfristig Verbesserungen für (Teile) der ArbeiterInnenklasse bedeuten könnten, würde das längerfristig keinen Kapitalismus mit menschlichem Anlitz schaffen. Maßnahmen, die eine Umverteilung hin zur ArbeiterInnenklasse bringen, beschneiden die Profite und damit die Rentabilität des Kapitals. Faktoren, die Ursachen und Auslöser für Krisen sind, und diese nicht verhindern können.

Sonja Grusch

Linke Projekte in Europa



Den Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa und der Sowjetunion 1989-91 nutzten die Unternehmer für eine ideologische Offensive. ArbeiterInnenparteien und Gewerkschaftsführungen gingen nach rechts. Besonders krass war das bei den „kommunistischen“ Parteien, die sich zu diesem Zeitpunkt an der Sowjetunion und ihrer Politik orientierten. Die Schwächung der ArbeiterInnenbewegung nutzten die Unternehmer für ihre Angriffe, die wiederum zu Gegenwehr führten, in der teilweise neue Organisationsformen entstanden.

Vereinigte Linke (IU) in Spanien

Sie entstand auf Initiative der Kommunistischen Partei (PCE) schon Mitte der achtziger Jahre. Wegen der reaktionären Politik der sozialdemokratischen PSOE-Regierung konnte sie ab 1989 bei Wahlen deutlich zulegen. War sie bis 1986 noch unter 5% geblieben, erreichte sie 1989 dann 9,1% und schließlich bei den EU-Wahlen 1994 sogar 13,5%. Der große Einbruch kam 1999 bei den EU- und Kommunalwahlen, die die IU in eine tiefe Krise stürzten. Sie verlor fünf ihrer neun EU-Abgeordneten und 1196 ihrer 3493 GemeinderäteInnen. Der Grund war, dass sie nicht als Alternative zur inzwischen in die Opposition geratenen PSOE gesehen wurde. Sie trat zwar für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und gegen Kürzungen, Sozialabbau und den Jugoslawien-Krieg ein. Aber da sie

den Kapitalismus nicht in Frage stellt und ein Teil der Führung nach einem Bündnis mit der PSOE schielt, wird das von weiten Teilen der ArbeiterInnen als utopisch angesehen. Die PSOE hatte 1982 ein ähnlich radikales Programm und machte an der Regierung das Gegenteil. Die ArbeiterInnen vertrauen der IU nicht, daß sie anders wäre - mit guten Gründen, weil die Parteiführung die Eigeninitiative und Kampfbereitschaft der Basis behindert.

Rifondazione Communista (RC) in Italien

Im Unterschied dazu hat die Rifondazione Communista (RC= Kommunistische Wiedergründung) ihre Krise vorläufig überstanden. Sie war gegründet worden, nachdem die Mehrheit der Kommunistischen Partei Italiens sich in eine offen sozialdemokratische Partei (PDS) verwandelte und mit anderen sozialdemokratischen Parteien einen Wettlauf nach rechts begann. Als 1996 das „Olivenbaum-Bündnis“ unter Führung der PDS die Wahlen gewann, entschloß sich die RC aber, diese „erste linke Regierung in Italien“ zu tolerieren und ihr eine Mehrheit im Parlament zu sichern. Und das obwohl diese Regierung massive Sozialkürzungen beschloß, um Italiens Teilnahme am EURO sicherzustellen. Im Herbst 1997 führte der Konflikt um das zweite Budget zu einer Regierungskrise, die RC erklärte sich aber nach kleinen Korrekturen bereit, das Budget mitzutragen. Erst bei den dritten Budget-

verhandlungen für 1999 ließ sich die RC nicht mehr auf einen faulen Kompromiß ein. Das führte zu einer Spaltung zwischen der Parteiführung unter Bertinotti und der Parlamentsfraktion unter Cossuta, wo der rechte Flügel, der für eine weitere Zusammenarbeit mit der Olivenbaum-Regierung eintrat, besonders stark war. Der Großteil der Basis blieb aber in der RC und so hatte sie bei ihrem 4. Parteikongreß trotz Spaltung noch 76.000 Mitglieder.

Im Gegensatz zu vielen anderen ex-kommunistischen Parteien ist die RC weder eine klar reformistische Partei, wie zum Beispiel die französische KP, noch hat sie andererseits ein klar antikapitalistisches Programm, sondern es bestehen v.a. auch in der Führung Illusionen in einen „demokratischeren“ Kapitalismus. Bei den örtlichen Vorabstimmungen zum Parteikongreß gewann die „linke Opposition“ der RC rund 16% der Stimmen. Wenn sie es schafft, die Parteiführung politisch unter Druck zu setzen und gleichzeitig weiter an der Parteibasis neue AnhängerInnen für sich zu gewinnen und in den Orten, in denen sie die Mehrheit hat, vorbildliche Kampagnenarbeit und Mitgliedergewinnung zu betreiben, dann kann sie es schaffen, daß die RC in den kommenden Klassenkämpfen eine zentrale Rolle spielt und ein Anziehungspunkt für die fortgeschrittenen ArbeiterInnen und Jugendlichen wird. Andernfalls wird es der RC früher oder später wie der IU in Spanien 1999 gehen. Denn der Kapitalismus bietet in der gegen-

wärtigen Depressionsperiode weniger bis keinen Spielraum für weitreichende und dauerhafte Reformen. Das hat wiederum dahingehend Auswirkungen, dass mehr oder weniger keine stabilen reformistischen Formationen möglich sind.

Die französische Arbeitslosenbewegung und AC!

Der Rechtsrutsch und die Schwächung vieler Gewerkschaften führte dazu, daß in vielen Ländern betriebliche Kämpfe erschwert wurden und Kampagnen in anderen Bereichen an Bedeutung zunahmen. Der Wirtschaftsaufschwung in Westeuropa seit 1994 hat kaum zu einem Rückgang der Massenarbeitslosigkeit geführt. Oft nahm die Arbeitslosigkeit sogar zu. Neue Jobs waren häufig mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen verbunden. Anfang 1998 waren in Frankreich 3,2 Millionen offiziell arbeitslos (12%), von denen 1,5 Millionen nur Sozialhilfe von 2400 FF (1 FF=2,09 Schilling) erhielten. 1994 hatten die 1987 gegründete nationale Bewegung der Arbeitslosen und Geringverdiener (Mouvement national des chômeurs et précaires, MNCP), kleinere linke Gewerkschaften, Organisationen und andere Vereinigungen die Organisation AC! („Agir ensemble contre le chômage“ = „Gemeinsam Handeln gegen die Arbeitslosigkeit“, AC! klingt im Französischen wie „assez!“ = „genug!“) gegründet und im Mai einen Marsch der Erwerbslosen nach Paris organisiert, der mit der ersten großen landesweiten Demo von Erwerbslosen (30.000) in Frankreich endete. Daraufhin organisierte sich AC! in vielen Städten. Meist bestanden die örtlichen Komitees aus Arbeitslosen, die z.B. für kostenlose Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, gegen das Abstellen von Strom und Gas bei nichtbezahlten Rechnungen aktiv waren. AC! wirkte als Bindeglied zwischen organisierter ArbeiterInnenbewegung und Erwerbslosen. Im Frühjahr 1995 beteiligte sie sich an Aktionen gegen die Obdachlosigkeit, im Dezember 1995 unterstützte sie den

riesigen Streik im öffentlichen Dienst, 1996 gab es Kampagnen für höhere Arbeitslosengelder. Im Frühjahr 1997 beteiligten sich Tausende AC!-AktivistInnen an den Euromärschen gegen Erwerbslosigkeit zum EU-Gipfel nach Amsterdam. Vom 16.-21. Dezember 1997 war eine Aktionswoche („sozialer Notstand“) geplant, um auf die Lage der 6 Millionen von Sozialhilfe Lebenden aufmerksam zu machen.

Bei einer Konferenz im Juni 1997 legten sich die von der Gewerkschaft CGT gegründeten Arbeitslosenkomitees eine neue landesweite Führung zu, die für die Zusammenarbeit mit anderen Arbeitslosenorganisationen offen war. In Marseille waren die Überschüsse des Sozialfonds der ASSEDIC, der gemeinsam von Staat, Arbeitgeberverbänden und der sozialdemokratischen CFDT-Gewerkschaft verwaltet wird, traditionell von der CGT als „Weihnachtsprämie“ an die Arbeitslosen verteilt worden. Durch eine Umstrukturierung der ASSEDIC sollte das wegfallen. Aus Protest besetzten die CGT-Arbeitslosen Anfang Dezember das ASSEDIC-Büro von Marseille. Die Bewegung breitete sich auf andere Orte aus und verband sich mit der ohnehin geplanten Aktionswoche. Die Arbeitslosenorganisationen einigten sich auf Forderungen wie Weihnachtsprämie von 3000 FF, Erhöhung der Mindestbeihilfe um 1500 FF und sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche. Zwischen Weihnachten und Neujahr beherrschte die Bewegung die französischen Medien. Die Arbeitsministerin tat die Bewegung damit ab, daß nur 13 ASSEDIC-Büros besetzt seien. Fünf Tage später waren es schon 40. Autobahn-Mautstellen wurden besetzt und die Gebühren für soziale Zwecke umfunktioniert. Gas- und Elektrizitätswerke wurden in Besitz genommen aus Protest gegen das Abschalten von Gas und Strom bei nichtbezahlten Rechnungen. Parteibüros der regierenden „Sozialistischen“ Partei wurden besetzt, am 13.1. die Warenbörse in Paris, aus Protest gegen die Spekulation mit Lebensmitteln und die Ausbeutung der „Dritten Welt“, ebenso die Industrie-

und Handelskammer. In Marseille wurden stundenlang die Bahngleise blockiert, in Lyon die Abfahrt von 5 Hochgeschwindigkeitszügen verhindert, in Arras die Polizeipräfektur gestürmt. Die Elitehochschule ENS, die hohe staatliche Subventionen erhält, wurde besetzt.

Nach Umfragen sympathisieren 70% der Bevölkerung mit der Bewegung, 55% fordern eine Erhöhung der Leistungen für Arbeitslose. Die Regierung war zum Verhandeln gezwungen und bot eine Milliarde FF zusätzlich, obwohl allein die Erhöhung der Mindestbeihilfe um 1500 FF 70 Milliarden FF kosten würde. Gleichzeitig wurden am 10. Januar die meisten besetzten Arbeitsämter durch die berüchtigte Spezialpolizei CRS geräumt. Ein paar Tage später waren aber wieder mehr als ein Dutzend besetzt. Nach sechs Wochen versuchten die Arbeitslosen, die Bewegung auf SchülerInnen, Studierende und Beschäftigte auszudehnen. Am 27. Januar sollte eine Demonstration für die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche geben. Aber die 35-Stunden-Pläne der Regierung bedeuten für die Beschäftigten weniger Lohn und schlechtere Arbeitsbedingungen. Entsprechend schlecht lief die Mobilisierung der Gewerkschaften für die Demonstration. Die CGT wollte die Bewegung auch nicht so stark werden lassen, daß sie die Regierung gefährdet hätte, in der die ihr nahestehende Kommunistische Partei sitzt, andere Gewerkschaften unterstützten sie gar nicht. Die Bewegung flautete ab, aber sie hat das Selbstvertrauen der Arbeitslosen erhöht und ihre Strukturen gefestigt, die Zahl der Arbeitsloseninitiativen stieg von 150 auf 250.

Heute gibt es eine Schicht, für die Arbeitslosigkeit zum Dauerzustand geworden ist. Sie hoffen nicht mehr auf Arbeit, sondern auf Unterstützung, von der sie menschenwürdig leben können. Ähnliche Diskussionen über ein „arbeitsfreies“ Grundeinkommen gibt es in vielen Ländern. Bleibt die Frage, wie das gehen soll? Wenn der Kapitalismus für weite Teile der Bevölkerung keine existenzsichernde Arbeit mehr

bieten kann und will, warum soll er dann ein menschenwürdiges Leben für alle sichern? Für dieses Dilemma gibt es in diesem System keinen Ausweg - den bietet letztlich nur der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Neue Arbeiterpartei in Israel

Nach einem Boom 1990-95 stürzte die israelische Wirtschaft 1996 in eine mehrjährige Krise. Durch die neoliberalen Politik und mehrere Sparpakete wuchs die Kluft zwischen reich und arm. Ende 1996, Ende 1997, im September 1998 und im März 1999 gab es Generalstreiks im öffentlichen Dienst und in anderen Bereichen mit bis zu 400.000 ArbeiterInnen. Die Gewerkschaft Histadruth trat teilweise sehr kämpferisch auf. Trotzdem ließ ihre Führung sich in den Verhandlungen mit der Regierung immer auf faule Kompromisse ein, die Verschlechterungen für die Beschäftigten bedeuteten, weil sie die „Sachzwänge“ des Kapitalismus akzeptiert.

Im November 1998 gab es einen einmonatigen Studierendenstreik für die Senkung von Studiengebühren mit täglichen Demos, Straßenblockaden. 490 Studierende wurden verhaftet, 133 von der Polizei verletzt. Es war ein gemeinsamer Kampf von jüdischen und arabischen, religiösen und säkularen Studierenden, es gab einen Solidaritätsstreik von arabischen SchülerInnen. In der Bewegung kam die Forderung nach einer sozialen Revolution auf. Die zahme Verhandlungsführung verhinderte einen Erfolg, aber es wurde eine neue Tradition geschaffen.

Diese heftigen Kämpfe waren der Hintergrund für die Gründung der ersten wirklichen ArbeiterInnenpartei Israels im Januar 1999. Eine Partei, die sich für die gemeinsamen Interessen aller ArbeiterInnen einsetzt - egal ob israelisch oder palästinensisch, Aschkenasim oder Sephardim, neu Zugewanderte oder in Israel geboren - ist ein großer Fortschritt. Aber der wenig klassenkämpferische Parteiname „Am Echad“ (Ein Volk), der Personenkult um Histadruth-Chef Peretz, dessen eintreten für einen „frei-

en Markt mit Gewissen“ und die Distanzierung vom Generalstreik im öffentlichen Dienst im März 1999 zeigen die großen Schwächen dieser Partei. Sie könnten dazu führen, daß die Begeisterung bei der Gründung bald in Enttäuschung umschlägt.

Die Parteigründung in Israel zeigt die große Bedeutung von Klassenkämpfen und der in ihnen gemachten Erfahrungen der ArbeiterInnen für den Wiederaufbau der ArbeiterInnenbewegung, aber auch die Notwendigkeit der Mitwirkung von MarxistInnen bei diesem Prozeß. Deshalb treten wir nicht nur für den Aufbau neuer ArbeiterInnenparteien ein, sondern versuchen auch, unsere eigenen revolutionären Organisationen aufzubauen, um bei der Entstehung solcher Parteien mitmischen und Fehlentwicklungen wie in Israel vermeiden helfen zu können. ArbeiterInnenparteien brauchen ein sozialistisches Programm und müssen Wahlkämpfe mit der Mitwirkung an außerparlamentarischen Bewegungen verbinden, sonst landen sie bei der Mitwirkung an Kürzungspolitik.

Die Schottische Sozialistische Partei (SSP)

Im Dezember 1987 begannen unsere GenossInnen in Schottland mit der Boykottkampagne gegen die Einführung der Kopfsteuer (in Schottland 1989, in England und Wales 1990). Am 31. März 1990 demonstrierten 50.000 in Glasgow und 200.000 in London gegen die Steuer, bis zu 18 Millionen Menschen beteiligten sich am Steuerboykott. Die Massenbewegung erreichte die Abschaffung der Poll Tax und letztendlich den Sturz der Premierministerin Thatcher.

Am 29. 2. 1992 gründeten unsere schottischen GenossInnen Scottish Militant Labour (SML). Sie organisierten Kampagnen gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, die Einführung der Mehrwertsteuer auf Heizöl, das Strafjustizgesetz (das demokratische Rechte abbaute), kommunale Kürzungen, Umweltfragen, für einen Mindestlohn und Unterstützung von Arbeitskämpfen. Diesen Kampf verban-

den sie mit der Teilnahme an zahlreichen Wahlen (Parlaments-, Europa-, Kommunalwahlen). Nach der Zusammenarbeit mit anderen Linken in konkreten Kampagnen kam 1995 die Idee eines Bündnisses für Kampagnen und gemeinsame Kandidaturen bei Wahlen auf. 1996 wurde die Scottish Socialist Alliance gegründet. In ihr war SML die mit Abstand stärkste organisierte Kraft. Im Lauf der Zusammenarbeit kam es zu einer Einigung über wichtige politische Forderungen, z.B. nach einem unabhängigen sozialistischen Schottland.

Im Februar 1999 wurde aus ihr die SSP gegründet. Bei den Wahlen zum Schottischen Parlament am 6. Mai 1999 erhielt sie in neun Glasgower Wahlkreisen im Durchschnitt 7,15%, in 9 Wahlkreisen außerhalb Glasgows 2,66%. Bei den Stimmen für die Regionallisten kam SSP in ganz Schottland auf 46.635 (1,99%). CWI-Mitglied Tommy Sheridan wurde ins Schottische Parlament gewählt. Bei der Unterhaus-Nachwahl in Hamilton-Süd erhielt die SSP-Kandidatin Blackall 9,5%. Der Vorsitzende der schottischen Konservativen, McLetchie, erklärte auf die Frage, ob er verlegen sei, daß SSP mehr Stimmen bekam als sie: „Nicht wir sollten verlegen sein. Es sind nicht unsere konservativen Wähler, sondern Labour-Wähler, die sich in sozialistische Revolutionäre und Trotzkisten verwandeln.“ Einer der Schwerpunkte der SSP war die Unterstützung der Boykottkampagne für die von der Labour-Regierung eingeführten Studiengebühren. Seit ihrer Gründung sind der SSP Hunderte von jungen AktivistInnen beigetreten, aber auch linke ReformistInnen, die sich enttäuscht von Labour abwandten. Die CWI-Mitglieder bilden innerhalb der SSP eine eigene Tendenz, Internationale SozialistInnen. Nur der Aufbau dieser Tendenz kann sicherstellen, daß die SSP als Kampforganisation der schottischen ArbeiterInnen aufgebaut wird und nicht zu einer reformistischen Partei wird, die in der Depressionsperiode des Kapitalismus früher oder später auch die Kürzungslogik“ mitträgt.

Wolfram Klein

Wie entsteht sie? Wer bildet sie? Was ist sie?

Die neue ArbeiterInnenpartei



Die ArbeiterInnenklasse steht den immer härteren Angriffen ohne eigener Partei gegenüber - die SPÖ spielt diese Rolle schon längst nicht mehr. Seit der Gründung der SOV 1996 ist der Kampf für eine neue ArbeiterInnenpartei ein zentrales Element unserer Arbeit. Wie kann eine solche neue ArbeiterInnenpartei entstehen, welche Voraussetzungen gibt es dafür, und welche Rolle spielen dabei MarxistInnen und revolutionäre Organisationen wie die SOV?

Die Notwendigkeit

Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, die permanente Umverteilung von unten nach oben - diese Entwicklungen haben sich in den letzten Jahren extrem verschärft. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit, die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmung beim Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe, der steigende Streß am Arbeitsplatz und der Angriffen auf Menschen, die Betriebsräte gründen wollen - das ist "Klassenkampf von oben".

Gesamtgesellschaftlich steigt zwar der Unmut, die "Politikverdrossenheit", aber "klassenkampfmäßig" herrscht weiterhin Funkstille. "Von oben" auch deshalb, weil der Widerstand "von unten" nur von einzelnen Personen oder kleinen Bündnissen geführt wird. Zur Zeit gibt es keine größeren Organisationen, keine Partei und auch nicht die Gewerkschaft, die willens und fähig ist, Wut in Widerstand zu ver-

wandeln. Ein Zustand, den sich vor allem die FPÖ zu Nutze machen kann.

Massenparteien der ArbeiterInnen

Bis in die 80er Jahre gab es in den meisten europäischen Ländern (meist sozialdemokratische) Massenorganisationen, Parteien und Gewerkschaften, die von großen Teilen der ArbeiterInnenklasse als "ihre" Organisationen betrachtet wurden. Solange die Wirtschaft wuchs und damit einige Brosamen vom Tisch der Reichen auch für die ArbeiterInnen abfielen, wurde die pro-kapitalistische Politik der Führungen dieser Parteien nicht zum Hindernis. In dieser Zeit bestand ein wesentliches Element revolutionärer Politik darin, mit den ArbeiterInnen und der Jugend in diesen Organisationen gemeinsam Forderungen an die Parteispitze zu stellen. Beim aktiven Kampf um diese Forderungen sollte die bremsende Rolle der Parteiführung - bzw. auf welcher Seite diese tatsächlich stand - aufgezeigt werden. Der Konflikt mit der Parteispitze sollte das Bewußtsein schärfen, was dann zum Bruch und zum Aufbau einer neuen (möglichst revolutionären) Partei führen sollte. Heute gibt es keine Organisation mehr, die von relevanten Teilen der ArbeiterInnenklasse als "ihre" Organisation gesehen wird.

Die bürgerliche SPÖ

Seit den 80er Jahren wurde der Rechtsruck der Sozialdemokratie of-

fensichtlich. Was mit der Zustimmung zu den umfassenden Privatisierungen begonnen hatte, führte zu EU-Beitritt, Sparpaketen und rassistischer Politik. Die sozialdemokratischen Parteien verbürgerlichten endgültig. Politische Grundsätze reduzieren sich auf Marktwirtschaft mit sozialem Mascherl - und auch das nur, wenn es „möglich“ ist. Dieser Prozeß wurde von einem unglaublichen Rückgang an Mitgliedern begleitet. Von den Spitzen der SPÖ und des ÖGB wird oft argumentiert, daß der Mitgliederrückgang nicht so dramatisch wäre und dass er dem normalen Trend entspräche. Eine Selbsttäuschung, deren tatsächliche Dramatik man erkennt, wenn man den Rückgang der AktivistInnen betrachtet. In der SPÖ gibt es ein Sektionssterben, die Sozialistische Jugend, die in den 80er Jahren noch tausende linke Jugendliche mobilisieren konnte, ist nur mehr ein Schatten ihrer selbst. In der Gewerkschaft fehlt es vor allem der FSG zunehmend an fähigen KandidatInnen für Betriebsratswahlen und an AktivistInnen auf lokaler Ebene. Das Resultat sind völlig „überaltete“ oder „mitgliederleere“ Gewerkschafts-Ortsgruppen in den Bezirken und Bundesländern.

Jene Menschen, die sich von der Sozialdemokratie eine menschlichere Gesellschaft erwarteten, wurden mit der Realität von Kindern in Schuhhaft, Aufenthaltsgesetz, de facto Nullquote bei der Zuwanderung eines Besseren belehrt. Jene Menschen, die davon ausgingen, daß, solange „die Partei“

etwas mitzureden hatte, für jeden ein einigermaßen guter Job, eine Wohnung und eine bessere Ausbildung für die Kinder garantiert sei, wurden bitter enttäuscht. Frustrierte WählerInnen und Mitglieder verließen in Scharen die Partei und so wurde die SPÖ in den 80ern eine „interessante“ Partei für die Wählerstomanalyse: ein Teil vor allem der „Parteiintellektuellen“ wechselte zu den Grünen und später zu den Liberalen und ein großer Teil der „Basis“ zu den NichtwählerInnen oder gleich zur FPÖ.

Wer füllt das Vakuum?

Die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie und der Zusammenbruch von traditionellen linken Strukturen hat ein unheimliches Vakuum hinterlassen. Es braucht eine neue ArbeiterInnenpartei, um dieses Vakuum zu füllen; solange diese nicht existiert, kann die FPÖ voll punkten. So ist es möglich, einen Großindustriellen als ArbeiterInnenführer anzubieten - oder einen Kinderbetreuungsscheck als Frauenpolitik zu verkaufen. Dies alles ist möglich, solange sich Menschen nicht von unten organisieren. Ein Organisieren, das erst wieder gelernt werden muß. Es fehlt an Traditionen, an Menschen, die politisch aktiv waren und sind – in Bürgerinitiativen, in lokalen Kampagnen, im Wohnbereich gegen überhöhte Mieten, für Arbeitszeitverkürzung, gegen Rassismus. Es fehlt ein Organisieren, das neben dem Kampf für kleine, tagtägliche Verbesserungen auch daß große, grundsätzliche politische Ziel verfolgt. Das zeigt, dass Widerstand machbar und soziale Ungerechtigkeit ein fundamentaler Bestandteil des kapitalistischen Systems ist.

Gibt es die ArbeiterInnenklasse überhaupt noch?

Vom „Ende der ArbeiterInnenklasse“ zu sprechen, wie dies viele Intellektuelle tun, ist grundfalsch. Nach wie vor gibt es in Österreich (rein sozialversicherungstechnisch gesehen) 1,3 Millionen ArbeiterInnen

und grob geschätzt 200.000 Beamte und Angestellte in traditionellen ArbeiterInnenberufen. Dazu kommen noch all jene, die als Angestellte im Dienstleistungssektor arbeiten. Wichtig für diese Diskussion ist eine klare Definition, was die ArbeiterInnenklasse darstellt und wen sie repräsentiert. So definiert sich die Zugehörigkeit zur ArbeiterInnenklasse nicht, wie weitläufig verbreitet, über „Ruß & Schweiß“, sondern dass der/diejenige über keine Produktionsmittel (Maschinen) verfügt und so nichts anderes als seine/ihre Arbeitskraft zu verkaufen hat. Zu Veränderungen innerhalb der ArbeiterInnenklasse kommt noch, dass immer mehr Menschen in den unselbstständigen Erwerbsarbeitsprozess einbezogen werden: die Mittelschichten verschwinden. Solange Güter produziert werden, hat die ArbeiterInnenklasse eine enorme wirtschaftliche Macht und bleibt daher auch der zentrale Bestandteil einer solchen neuen kämpferischen Partei.

Können und wollen die ArbeiterInnen kämpfen?

Neben den Gewerkschaften als Bremsklotz wird die Entstehung von Widerstand durch einen Umschichtungsprozess innerhalb der ArbeiterInnenklasse erschwert, da sie weniger homogen ist als in der Vergangenheit. Kommunikation am Arbeitsplatz und in Belegschaften ist eine Voraussetzung für Widerstand. Rationalisierungen, verstärkte Automatisierung, flexible Arbeitszeiten und die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes haben diese Kommunikation erschwert. Es ist kein Wunder, dass es (im Verhältnis zu anderen Beschäftigengruppen) im Öffentlichen Dienst den meisten Widerstand gibt, da dieser Prozeß hier erst am Anfang steht. Der Umschichtungsprozess innerhalb der ArbeiterInnenklasse wird von verschiedenen Faktoren angetrieben, wie der kapitalistischen Attacke auf einheitliche Sozial- und Arbeitsrechtsstandards. Das führt direkt zu neuen (bzw. alten) Formen von Leiharbeit, Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung, Scheinselbstän-

digkeit, Arbeit auf Abruf, Schwarzarbeit und vielem mehr. Neue Berufe, wie technische Angestellte, TelekommunikationsarbeiterInnen usw. entstehen. Auch wenn diese neuen Berufe arbeitsrechtlich anders gestellt sind, so haben sie doch mit den gleichen, teilweise sogar größeren Problemen, wie die traditionellen ArbeiterInnen zu tun – erhöhter Arbeitsdruck, steigende Jobunsicherheit etc.

Tatsache ist, dass die ArbeiterInnenklasse zwar kämpfen könnte, dies in Österreich in den letzten 50 Jahren aber nur sehr selten getan hat. Ursache dafür ist vor allem die Politik der Sozialpartnerschaft und die Rolle des ÖGB. Mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten in Osteuropa fiel eine – wenn auch schlechte – Alternative weg. Das hatte weitere negative Auswirkungen auf das Bewußtsein der Klasse. In Folge haben vor allem ältere Intellektuelle, Künstler und ehemalige AktivistInnen der Linken das Vertrauen in die ArbeiterInnenenschaft verloren – sie zogen letztlich den Schluß, dass die Klasse nicht mehr kämpfen kann. So ist vielen Bewegungen im Menschenrechtsbereich das Bündnis mit liberalen Unternehmern wichtiger, als Aktionen, die soziale Themen aufgreifen und sich an der ArbeiterInnenklasse orientieren. Mit dem Ergebnis, dass diese weiterhin von tatsächlichen und potentiellen Protesten ferngehalten wird und ihre Probleme als sekundär abgetan werden – und damit von der FPÖ propagandistisch genutzt werden können. In den letzten Jahren zeigen internationale Beispiele, dass der Tiefpunkt im Bewußtsein der Klasse überwunden ist: von Frankreich bis Indonesien, von Seattle bis Rom gehen hundertausende Menschen auf die Straße, um ihrem Unmut Luft zu machen. Die Geschichte ist nicht zu Ende, sondern die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung setzt zu einem neuen Aufschwung an.

Wie kann die neue ArbeiterInnenpartei entstehen?

Für die Entstehung der neuen ArbeiterInnenpartei reicht bloße Prokla-

mation nicht aus. Grundlage sind einerseits existierende linke Strömungen und Organisationen, die sich an einem solchen Projekt beteiligen und andererseits neue Bewegungen, die in Klassenkämpfen entstehen und schließlich die Notwendigkeit einer neuen ArbeiterInnenpartei erkennen. In Österreich ist die Ausgangslage im internationalen Vergleich daher nicht die günstigste.

Aus der SPÖ kommt nichts mehr

In der SPÖ gibt es keine organisierte Linke. Pseudo-Linksblinker wie Aigner oder Einem stehen, wenn es darauf ankommt, stets treu zur Partei. Linke Strömungen, wie die „Initiative für eine sozialistische Politik“ oder die in der SJ arbeitenden Gruppen „Funke“ und „Linkswende“, verkommen zunehmend zum linken Feigenblatt für SJ und Partei. Anstatt die Konsequenz aus der Entwicklung der SPÖ in den letzten Jahren zu ziehen und sich am Projekt einer neuen ArbeiterInnenpartei zu beteiligen, hoffen sie darauf, dass in Zeiten verstärkter Klassenkämpfe, die SPÖ wieder mit linkem, klassenkämpferischem Leben gefüllt wird. Die internationalen Erfahrungen der letzten Jahre sprechen eine andere Sprache.

Die Übernahme bzw. der Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung Frankreichs, Deutschlands oder Britanniens hat nicht zu diesem Umschwung innerhalb dieser Parteien geführt, sondern ganz im Gegenteil. Jene, die diesen Parteien beitreten, waren großteils Karrieristen, jene die kämpfen wollen, befinden sich weiterhin außerhalb der Sozialdemokratie. Sogar in Frankreich, das gerne als Beispiel für eine noch mehr „reformorientierte“ Sozialdemokratie genannt wird, zeigt sich, dass der Druck auf die Parteispitze von außerhalb und nicht innerhalb kommt – unzufriedene ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche sehen die Partei Jospins nicht als „ihre“ Partei. Die Hoffnung, dass sich die SPÖ wieder nach links entwickeln könnte, kann nur noch ins „Reich der Träume“ verwiesen werden. Dazu

kommt noch, dass es in der SPÖ nicht einmal eine organisierte Linke gibt, die sich am Projekt einer neuen ArbeiterInnenpartei beteiligen könnte. Wie schon erwähnt - die Realität spricht eine andere Sprache.

Die KPÖ – ein Faktor?

Dort, wo es ein konkretes politisches Angebot gibt, wird dieses auch genutzt. In Graz konnte die KPÖ bei der letzten Gemeinderatswahlen 8% einfahren. Dieses Ergebnis ist nicht auf einen spontanen Linksruck der Grazer Bevölkerung oder einen besonders guten Wahlkampf zurückzuführen. Denn man/frau kann im Wahlkampf nur ernten, was zwischen den Wahlen gesät wurde. Die KPÖ steht in Graz für eine Sozialpolitik, vor allem im Bereich der MieterInnenberatung, die sich mit realen Problemen beschäftigt. Aber das Grazer Beispiel hat auch seine Schattenseiten. Das Wahl-Motto: „Helfen statt Reden“ knüpft an die Stellvertreterpolitik der Sozialpartnerschaft an. Die Frage, wie man/frau „sozial Benachteiligte“ nicht nur gut beraten, sondern auch politisieren und in dauerhafte politische Arbeit einbinden kann, ist enorm wichtig. Trotzdem zeigt das Grazer Beispiel, was möglich ist, wenn Linke keine abgehobene Politik betreiben, sondern sich an den Problemen der ArbeiterInnen orientiert. Bundesweit ist die KPÖ weit entfernt vom Projekt einer neuen ArbeiterInnenpartei. So bevorzugt sie bei Bündnissen jene mit Prominenten statt jener mit aktiven politischen Gruppen, inhaltlich orientiert sie sich am linken Flügel von SPÖ und Grünen.

Impulse aus der Gewerkschaft?

Der ÖGB, in Österreich fixer und stabiler Bestandteil des Systems, sieht sich in den letzten Jahren zunehmend mit Unmut und Opposition in den eigenen Reihen konfrontiert. Bei der Gemeinde Wien und der zuständigen Gewerkschaft GdG hat sich schon vor Jahren der Namenslistenverbund „Konsequente Interessens-Vertretung“ (KIV) gebildet. Anfangs als Eintags-

fliege abgetan ist die KIV inzwischen zweitstärkste Fraktion bei den Gemeindebediensteten und hat tausende WählerInnen. Ihr erfolgreiches Konzept: Basisaktivität. Jede/r, der/die für eine kämpferische und demokratischere Gewerkschaft ist, kann mitmachen. Die Einstiegsschwelle wird möglichst niedrig gehalten.

Bei den letzten ÖBB-Personalvertretungswahlen wurde der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) zweitstärkste Fraktion. Wahlslogan: „Mach deine Wut zu Widerstand!“ Der Frust vieler Eisenbahner über die sozialdemokratischen GewerkschafterInnen ging nach links und nicht zu den Freiheitlichen.

Beim letzten Gewerkschaftstag der GPA wurde von der Führung ein zumindest verbalradikaler Ton angeschlagen. Bei der Abstimmung über die Sonntagsarbeit kündigten viele FSG-Delegierte der Führung die Gefolgschaft auf, indem sie gegen einen Kompromißantrag der GPA-Spitze stimmten. ÖGB-Präsident Verzetsnitsch mußte sich, zu seinem merklichen Erstaunen, heftige Attacken gefallen lassen.

Je enger die Verteilungsspielräume werden, desto schwerer kann die Gewerkschaftsführung ihrer Basis eine Konsenspolitik verkaufen. Teile der Bürokratie, die sich, um am Ruder zu bleiben, linker geben, aber vor allem auch AktivistInnen und Gruppen an der Gewerkschaftsbasis können Ansatzpunkte für die Gründung einer neuen ArbeiterInnenpartei sein.

Die Anzeichen dafür sind aber innerhalb des ÖGB marginal. Selbst für jene kleine Schicht, die bereit ist, die Wut in Widerstand gegen die herrschende Politik (in und außerhalb der Gewerkschaften) zu verwandeln, ist das Thema „Neue ArbeiterInnenpartei“ nicht existent.

Widerstand gegen die Belastungspakete

Bei allen Problemen müssen wir aber auch die positiven Ansätze der letzten Jahre sehen. Dazu gehört z.B. der Widerstand gegen die beiden Be-

lastungspakete. Beim Ersten gingen immerhin über 40.000 Menschen auf die Straße und das, obwohl oder vielleicht weil die „Plattform gegen das Belastungspaket“ von keiner Parlamentspartei oder Gewerkschaft unterstützt worden war. Die Grünen hatten sich nach anfänglicher Unterstützung zurückgezogen, und erst in letzter Minute konnte sich die GPA zu einer Solidaritätsadresse durchringen. Auch die Medien begannen erst 2 Tage vor der Demonstration zu berichten. Dieser Demonstration waren aber in den Tagen zuvor große SchülerInnenproteste gegen das Sparpaket vorangegangen. Das Beispiel der SchülerInnenproteste zeigt, dass mit der richtigen Strategie auch kleinere Gruppen viel bewirken können. Die von damaligen „Vorwärtsunterstützerinnen“ gegründete „SchülerInnenAktionsPlattform“ konnte an den Schulen derart starken Protest entwickeln, dass sich die offiziellen SchülerInnenvertreter und der Wiener Stadtschulrat gezwungen sahen, am Freitag vor der Anti-Sarpaket-Demo einen Protesttag abzuhalten. Aufgrund der stillen Duldung des Stadtschulrats kam es dann zu einer Großdemonstration in der Wiener Innenstadt. Die richtige Bewerbung der Linken – mitunter durch das damalige „Vorwärts“ – führte zu einer stärkeren Beteiligung als auf der eigentlichen Anit-Sarpaket-Demo am Samstag. Die Rechnung der etablierten Politik, der Anti-Sozialabbau Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, ging nicht auf. Die Bewegung gegen das zweite Belastungspaket war vor allem von StudentInnen getragen. 30.000 bzw. 45.000 Menschen protestierten. Auch diesmal war es der Linken zu verdanken, dass sich die Bewegung gegen das gesamte Sparpaket richtete und nicht bei StudentInneninteressen stecken blieb.

In den letzten Jahren konnte die SAP eine Reihe von Demonstrationen und Schulstreiks organisieren. Das letzte Mal gegen die Pläne, die Schikurse zu streichen, im Oktober 1998. Damals fanden sich Tausende SchülerInnen aus über 20 Wiener Schulen, die bereit waren, auf die

Straße zu gehen. Von diesen gibt es immer noch einen Kern von AktivistInnen in verschiedenen Schulen. Die Regierung konnte zwar kurzfristig die meisten ihrer Ziele durchsetzen, bezahlte das aber längerfristig mit dem Preis einer wachsenden Ablehnung des Establishments und seiner Parteien.

Verpuffte Energie

Eine unglaubliche politische Sprengkraft steckt im Kampf gegen Frauenunterdrückung. 650.000 Unterschriften für das Frauen-Volksbegehren zeigen das deutlich. Die „Neue Armut“ ist in erster Linie weiblich, die Benachteiligung von Frauen ist nach wie vor groß. Dem gegenüber steht ein gewachsenes Selbstbewußtsein der Frauen, vor allem der besser gebildeten. Das dauernde Buhlen um Frauenstimmen bei Wahlen bestärkt viele Frauen darin, dass ihre Ansprüche gerechtfertigt sind. Sie erkennen, dass die Frage der Benachteiligung eine Machfrage ist, kulturelle und soziale Unterdrückung wird als Einheit erkannt. Diese Einsicht führt zu einer hohen Solidarisierung. Die Organisatorinnen des Frauenvolksbegehrens griffen nicht nur ein brennendes Thema auf, sondern verfügten auch über gute Kontakte zu den Medien, um dem Volksbegehren eine breite Öffentlichkeit zu verschaffen. Das aber um den Preis eines organisatorischen Ausflusses – so gibt es keinen politischen Druck, um die Forderungen des Frauenvolksbegehrens umzusetzen. Die offizielle Frauenbewegung bleibt zu einem großen Teil innerhalb der eigenen „Szene“ bzw. auf Medien reduziert. Auf der anderen Seite gibt es genügend Frauen, die bereit wären, darüber hinaus aktiv zu werden. Eine Mobilisierung über das Volksbegehren hinaus, dass Frauen organisiert und für verschiedene Protestformen aktiviert hätte, wäre einem Bruch mit dem politischen Establishment gleichzusetzen gewesen. Dazu waren die Organisatorinnen, die letztlich selbst Teil dieses Establishments sind, nicht bereit.

Das Potential ist da!

Die Chancen für eine neue linke Partei wurden bei den Wahlen am 3. Oktober, aber auch bei der Demonstration der „Demokratischen Offensive“ am 12.11.99, deutlich. Ca. 300.000 der NichtwählerInnen gingen bewußt nicht zur Wahl – sie gaben an, es gäbe keine Partei, für die sie stimmen könnten. Natürlich sind das nicht alles Linke. Trotzdem zeigt es, gemeinsam mit den vielen „taktischen WählerInnen“ von SPÖ, Grünen und LiF, das Potential für eine neue ArbeiterInnenpartei. Und das nicht nur im Sinne von WählerInnen, sondern auch möglichen AktivistInnen.

Bei der Demonstration am 12. November war es vielen ganz offensichtlich zu wenig, nur gegen die FPÖ zu demonstrieren. Die Mehrheit der ca. 70.000 DemonstrantInnen wollte offensichtlich mehr als einen Staatsakt à la Lichermeer. Die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik kam mehrmals deutlich zum Ausdruck.

Neben dem Bündnis mit bestehenden linken Strukturen setzten wir auf gemeinsame Aktionen und Mobilisierung von Menschen, die noch nicht unmittelbar politisch aktiv sind. Internationale Erfahrungen zeigen, daß die kämpferischsten Schichten sich immer weniger innerhalb der traditionellen Organisationen und Strukturen befinden. In den USA wäre ohne die Schicht von neuen HilfsarbeiterInnen der UPS-Streik unmöglich gewesen. Es sind oft junge Frauen und ImmigrantInnen der zweiten Generation, die besonders aktiv sind, ebenso wie sich zunehmend Arbeitslose organisieren. Für Jugendliche gilt heute tatsächlich „No Future“ - hier ist vor allem in Österreich eine Politisierung zu sehen. Viele StudentInnen müssen während des Studiums arbeiten, manche kämpfen nach dem Studium oft jahrelang um einen abgesicherten Job, oder arbeiten überhaupt nicht in ihrem gelernten Beruf. Diese Leute bringen oft auch ein politisches „Know How“ und eine gewisse Widerstandskultur in die Firma mit. Es ist interessant zu beobachten, dass viele junge BetriebsräteInnen im

Angestelltenbereich aus einem solchen Milieu stammen. Vor allem auch diese „neuen Schichten“ müssen als sozialer Träger für eine neue ArbeiterInnenpartei gesehen werden.

Gründung nicht in Sicht

Die SOV hat als einzige das Ziel einer neuen ArbeiterInnenpartei formuliert und in Bewegungen eingebracht. Ansätze für eine neue breite linke Kraft sind daraus aber bis jetzt nicht entstanden. Das liegt aber nicht nur an der objektiv schwierigen Situation (Auswirkungen von 50 Jahren Sozialpartnerschaft und Schwäche der österreichischen Linken), sondern auch an den beteiligten Personen und Gruppen. Hier wurden Chancen verloren, weil entweder die politische Weitsicht gefehlt hat, oder die verschiedenen Gruppen kein wirkliches Interesse an einer weiteren Zusammenarbeit haben.

Eine Ausnahme stellt hier jene Gruppe in Oberösterreich dar, die sich im Zuge des NATO-Krieges gegen Jugoslawien von den Grünen getrennt hat. Sie wollen eine neue politische Kraft links von SPÖ und Grünen aufbauen. Mit genau solchen Kräften strebt die SOV eine „strategische Partnerschaft“ auf gleichberechtigter Grundlage an. „Die Zusammenarbeit und der gemeinsame Kampf mit allen linken, sozialistischen und revolutionären Kräften ist ein weiteres zentrales Element für die Arbeit der SOV.“ (§2/Abs 6 des SOV-Statuts).

Wir haben dabei immer ein hohes Maß an Flexibilität bewiesen: Wir waren ein wichtiger Träger der „Plattform gegen das Belastungspaket“ 1995. Wir waren 1996 bereit, gemeinsam mit der KPÖ zur ersten EU-Wahl anzutreten. Wir haben aktiv mitgewirkt am Aufbau der „Unabhängigen GewerkschafterInnen“ (UG) und haben gegen die einseitige Ausrichtung der UG in der GPA auf die Grünen (leider erfolglos) gekämpft. Wir arbeiten nun neben der KPÖ im Gewerkschaftlichen Linksblock und treten dort für eine Verbreiterung und für kämpferische Impulse

ein. In gewissen Fragen ist uns in den letzten Jahren auch eine breite und erfolgreiche Bündnisarbeit gelungen: z.B. gegen die Abtreibungsgegner von „Pro-Life“ sowie bei der Verteidigungskampagne für das SOV-Mitglied Franz Breier jun., welcher vom damaligen Welser Bürgermeister Bregartner geklagt wurde. SOV, SAP und JRE setzten gemeinsam die Initiative für die Gegenkundgebung zur Abschlußkundgebung der FPÖ am 01.10.99 am Stephansplatz, an der hunderte Menschen teilnahmen. Nach der Wahl führten wir dies wöchentlich in Form von „Montagskundgebungen“ weiter; organisiert von der SOV, aber offen für alle linken und antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen. Diese Initiative mündete auch im linken kämpferischen Block auf der Demonstration am 12.11.99.

Nicht auf morgen warten – jetzt organisieren!

Um das Vakuum, das links von SPÖ und Grünen entstanden ist, zu füllen, müssen wir schon heute - wo immer es möglich ist - mit dem Aufbau von konkreten Strukturen beginnen. Weite Teile der Linken sind viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Ob ImmigrantInnen, kämpferische ArbeiterInnen, Jugendliche, Arbeitslose; „alte“ oder „neue“ Schichten der ArbeiterInnenklasse - überall gibt es Menschen, die für linke Politik prinzipiell gewinnbar sind. Die Gründung einer neuen breiten ArbeiterInnenpartei ist zwar dringend notwendig, ist aber derzeit nicht abzusehen.

Wir können nicht genau vorhersagen, wann und wie sie in Österreich entstehen wird. Klar ist auch nicht, welchen genauen Charakter sie haben wird – inwieweit sie versuchen wird, sich an der kreiskyschen SPÖ der 70er Jahre zu orientieren oder weiter links steht. Obwohl der Spielraum für reformistische Politik schmäler als in der Vergangenheit ist, so werden doch reformistische Tendenzen und Strömungen in einer solchen Partei eine gewisse Rolle spielen. Auch das ist eine Entwicklung, die wir bei diversen

„neuen Formationen“ international – von der PDS in Deutschland über die RC in Italien bis zur „New Labour Party“ in Neuseeland – beobachten können. Um der reformistischen Sackgasse zu entkommen, liegt hier die Verantwortung bei revolutionären Gruppen wie der SOV, auf die Beschränkungen hinzuweisen und für eine sozialistische Politik einzutreten.

Da es zur Zeit keine Anzeichen für eine neue breite ArbeiterInnenpartei gibt, lassen sich daraus zwei Handlungsmöglichkeiten ableiten: Abwarten oder zu versuchen, jene Menschen, die Widerstand leisten wollen, jetzt bereits zu organisieren. Dies ist vor allem deshalb wichtig um durch die Vergrößerung des „revolutionären Kerns“ einer künftigen ArbeiterInnenpartei, die Gefahr eines reformistischen Abgleitens dieser neuen Parteien zu verhindern. Darum versucht die SOV bestehende Ansätze von Widerstand mit einem sozialistischen Programm zu verbinden.

Eine neue breite ArbeiterInnenpartei wird in den kommenden Jahren in Österreich und international nicht alleine mit den Kräften der SOV bzw. des CWI (der internationalen Organisation, in der auch die SOV in Österreich und die SAV in Deutschland organisiert ist) aufgebaut werden können. Wir sind aber überzeugt, daß wir durch unsere Arbeit gute Voraussetzungen und Erfahrungen für eine solche ArbeiterInnenpartei schaffen. Sie wird sich auch in Österreich wahrscheinlich nicht ohne größere soziale Kämpfe herausbilden können. Die einzige Organisation, die wir Menschen, die kämpfen wollen, anbieten können, ist die SOV selbst! Wir sehen es als unsere „doppelte Aufgabe“, einerseits einen Beitrag zur Bildung einer neuen ArbeiterInnenpartei zu leisten und andererseits unsere Organisation als revolutionäre sozialistische Alternative anzubieten. Wir sind überzeugt, daß eine starke SOV und ein starkes CWI ein wichtiger Schritt hin zu einer neuen ArbeiterInnenpartei ist.

**Michael Gehmacher
Sonja Grusch**

Der Sozialismus ist international!



Die Sozialistische Offensive Vorwärts ist die österreichische Sektion des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale CWI/KAI, das in über 30 Ländern auf allen Kontinenten vertreten ist. Das CWI ist mehr als ein bloßer Zusammenschluß nationaler Gruppen. Es ist eine einheitliche und demokratische Organisation, in der Grundsätzliches und Schwerpunkte der Arbeit international und gemein-

sam diskutiert, entschieden und umgesetzt werden.

Das CWI versucht, Widerstand gegen Sozialabbau und Angriffe auf ArbeitnehmerInnenrechte international zu vernetzen. So ist das CWI Teil von Euromarsch und war auf den großen Demonstrationen in Amsterdam und Köln beteiligt. Mitglieder des CWI sind in Gewerkschaften (z.B. Britanien) und Streikaktionen (z.B. USA), in

Bewegungen gegen Privatisierung (z.B. Sri Lanka), gegen die extreme Rechte (z.B. in Australien) und für demokratische Rechte (z.B. Nigeria) beteiligt. Für die theoretische Arbeit des CWI bietet das Magazin der britischen Sektion „Socialism Today“ ein Beispiel.

CWI: www.worldsocialist-cwi.org
Socialism Today: www.socialismtoday.org

Socialism Today - Netscape

Datei Bearbeiten Ansicht Gehe Communicator Hilfe

Zurück Vor Neu laden Anfang Suchen Guide Drucken Sicherheit Stop

Lesezeichen Adresse: <http://www.socialismtoday.org/> Verwandte Objek

Instant Message Lycos Tripod

Socialism Today The monthly journal of the Socialist Party

[About Us](#) [Issue 41, Sept 1999](#) [In Issue 41](#)

[Back Issues](#) [Greens in Power](#) [UPDATES](#)

[Reviews](#)  [THE VARIOUS GREEN Parties in Europe are exercising power like never before. In a number of countries they have been drawn into government, putting their principles and programmes to the test for the first time.](#)

[Links](#) [Mounting opposition in Serbia](#) [Protests in Serbia](#)

[Contact Us](#)  [IN EARLY JUNE the television broadcast of a basketball match between Yugoslavia and Germany on a local southern Serbian station was unexpectedly interrupted. Ivan Novovic, a television technician,](#)

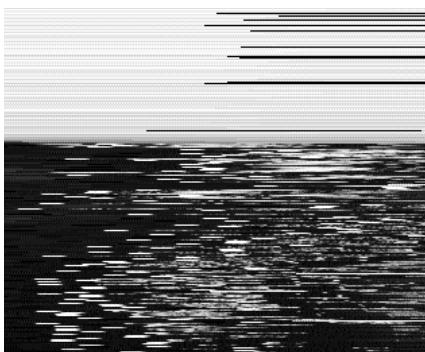
[Subscribe](#) [Testing the Greens](#)

[Search](#) [Good morning California](#)

Dokument: Übermittelt

Start [SOV EDV Manual - Netsc...](#) Socialism Today - Ne... 20:43

Jetzt beitreten!



Angesichts von Sozialabbau und Rechtsruck gibt es verschiedene Möglichkeiten - den Kopf in den Sand stecken und zu resignieren oder aktiv zu werden und sich zu organisieren. Für jene die zweiteres tun wollen stellt die SOV die sozialistische Alternative dar.

Was ist die SOV?

Der Sozialabbau der Regierung, Massenarbeitslosigkeit, (Nato-)Aufrüstung und die rechte FPÖ-Scheinopposition - wir haben genug. Die SOV kämpft gegen die herrschenden Zustände - gegen den Kapitalismus. Die SPÖ ist längst keine Partei mehr für ArbeiterInnen und Jugendliche, auch die Grünen haben sich von ihren kämpferischen und alternativen Traditionen verabschiedet. Gleichzeitig steigen Unmut und Unzufriedenheit von immer mehr Menschen angesichts der herrschenden Politik. Die SOV kämpft deshalb auch als einzige Kraft in Österreich für den Aufbau einer neuen, sozialistischen ArbeiterInnenpartei. Eine solche Partei in den nächsten Jah-

ren zu verankern, ist nicht nur nötig, sondern möglich. Wir wollen ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen, Frauen, ImmigrantInnen und GewerkschafterInnen gewinnen, mit uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen, wir wollen sie vor allem dafür gewinnen, mit uns für eine solche, sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.

Der Sozialismus ist international!

Der Kapitalismus ist ein internationales System - und kann nur international bekämpft werden. Die SOV tritt daher auch für den Aufbau einer neuen internationalen ArbeiterInnenbewegung ein. Sie ist mit Parteien und Organisationen aus über 30 Ländern im Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (CWI/KAI) organisiert.

Was kannst Du tun?

Was können Sie tun?

Dieses Magazin bietet einen Überblick über einige unserer Ideen. Die

SOV ist eine demokratische Organisation von aktiven SozialistInnen. Mitglied der SOV werden kann, wer

1) Mit unseren Ideen grundsätzlich übereinstimmt, Programm und Statut anerkennt.

2) Aktiv in einer Ortsgruppe mitarbeitet und die Ideen und das Programm der SOV nach außen trägt.

3) Einen monatlichen Mitgliedsbeitrag leistet und unsere Zeitung Vorwärts kauft und verkauft.

4) Bereit ist, sich auch selbst politisch weiterzubilden.

Um uns näher kennenzulernen möchten wir Dich/Sie einladen uns anzurufen oder uns zu schreiben, sich mit uns zu treffen oder in eine unserer Ortsgruppen zu kommen:

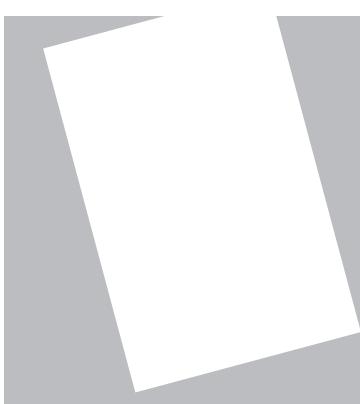
Tel.: 01-524 63 10

Fax: 01-524 63 11

e-mail: sov@gmx.net

Adr.: SOV

**Kaiserstr.14/11
1070 Wien**



VORWÄRTS

Die linke Zeitung
- sozialistisch
- antifaschistisch
- international

Jeden Monat neu: Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!

Jetzt abonnieren

Was wir wollen

- ♦ Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- ♦ Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- ♦ Mindestlohn öS 13.000.- netto.
- ♦ Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- ♦ Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- ♦ Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- ♦ Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- ♦ Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- ♦ Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- ♦ Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle! Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- ♦ Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- ♦ Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- ♦ Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- ♦ Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- ♦ Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- ♦ Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- ♦ Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit demkapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.

Wo wir uns treffen

In unseren Ortsgruppen diskutieren wir politische Themen, laden Referenten von anderen Organisationen ein, schauen uns Filme an, planen die nächsten Aktivitäten ...

Ortsgruppe Wien Süd

jeden Freitag 19.00 Uhr
„Cafe Halikarnas“ 5; Spengerg.31

Ortsgruppe Wien West

jeden Dienstag 19.00 Uhr
„Club International“
16.; Payergasse 14

Ortsgruppe Wien Nord

jeden Freitag 19.00 Uhr
„Café Sperlhof“
2., Große Sperlg./Kleine Pfarrg.

Ortsgruppe Wien Mitte

jeden Mittwoch 19 Uhr
„Amerlinghaus“
7., Stiftgasse 8
Gewerkschafts-Stammtisch:

Termine nach Rückfrage
„Pizzeria Romano“;
7; Andreasgasse

Frauen-Stammtisch

jeden 2. und 4. Montag
im Monat 19.00 Uhr
„Zentrum Erdberg“;
3; Lechnerstr.2-4

Oberösterreich-Wels

jeden Samstag 14 Uhr
Ort nach Rückfrage

Informationen über
Veranstaltungsthemen etc. unter
01-524 63 10

Der Spanische Bürgerkrieg

Der Spanische Bürgerkrieg war nicht nur der heroische Kampf der spanischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung, sondern auch eine Niederlage aus der wir heute noch lernen können und müssen. Neben einem Überblick über Revolution und Bürgerkrieg und einer Zeittafel beinhaltet diese Broschüre den Text von Leo Trotzki „Die Spanische Lehre - eine letzte Wahrnung“.

44 Seiten öS 40,- (inc. Porto)

„Wen vertritt die FPÖ wirklich?“

Haider und seine Männer wollen sich immer wieder - vor allem in Wahlkampfzeiten - als die einzige wahren Vertreter von ArbeiterInnen, PensionistInnen und Jugendlichen darstellen. In dieser Broschüre gehen wir der Frage auf den Grund, ob die FPÖ die neue ArbeiterInnenpartei ist. Wir zeigen anhand ihrer Geschichte, ihrer Funktionäre und ihres Programms, daß die FPÖ immer nur eines war und ist: eine radikale Unternehmerpartei.

72 Seiten öS 60,-- (inkl. Porto)

FPÖ-Abgeordnete:
Dr. Jörg Haider, Unternehmer
Helmut Haigenmoser, Geschäftsführer
Ing. Wolfgang Nussbaumer, Unternehmer
Dipl. Ing. Thomas Prinzhorn, Industrieller
Mares Roessmann, Hotelbesitzerin
Mag. Erich Schreiner, Unternehmensberater
Dr. Helene Patrik-Pahle, Richterin
Dr. Michael Krüger, Rechtsanwalt
Oberst Wolfgang Jung, Offizier des Bundesheeres
Franz Lafer, Gondanseriebauer
Hermann Schacker, Steuerberater
Ing. Walter Meischberger, Steuer-Sparefrosch

Wen vertritt die FPÖ wirklich?
Ist die FPÖ die neue ArbeiterInnenpartei?

Herausgegeben von der
Sozialistischen Offensive Vorwärts 

Indonesien - Ein bewegtes Jahrhundert

Indonesien bietet eine reiche Geschichte von Revolutionen und Konterrevolutionen. Die Broschüre bietet einen Überblick über die wirtschaftliche und politische Geschichte des Inselstaates und die Rolle der Kommunistischen Partei. Weiters ein „Who is Who“ der Opposition der Neunziger Jahre und einen detaillierten Abriß der Ereignisse seit 1998.

40 Seiten öS 45,-- (inkl. Porto)

Ich möchte

- ein Vorwärts-„Normal“-Abo (10 Ausg.) öS 200,-
- ein Vorwärts-„Sozial“-Abo (10 Ausg.) öS 100,-
- die Broschüren _____

- Infos über die SOV zugeschickt bekommen
- Eure Einladungen zugeschickt bekommen
- Mitglied der SOV werden

Name:

Adresse:

Tel.:

eMail:

Bitte
ausreichend
frankieren!

An die
Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV)
Kaiserstraße 11/14
A-1070 Wien